

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Telefon: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Freitag, den 18. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Fort mit dem Religionsunterricht aus der Schule!

Unser Standpunkt, den Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen, dürfte zur Genüge bekannt sein. Unser Programm verlangt deutlich: Erklärung der Religion zur Privatsache. Die Schule kann durch Entfernung des Religionsunterrichts nur gewinnen, da Raum für nützlichere Lehrfächer gewonnen wird. Der gegenwärtige Augenblick, wo die orthodoxen kirchlichen Kreise Hamburgs bestrebt sind, einen besondern Religionsunterricht neben dem in den Schulen erteilten einzurichten und sich dabei der staatlichen Lehrorgane bedienen, ist besonders geeignet, die Forderung nach Beseitigung des gesamten Religionsunterrichts aus den Schulen um so dringender zu erheben. Dann mögen die Orthodoxen sich ihren Religionsunterricht ganz nach ihrem Wohlgefallen einrichten. Niemand wird sie daran hindern. Die Forderung der Beseitigung des Religionsunterrichts aus den Schulen erhebt auch der Pastor Emil Felben von der Bremer Martinkirche in einem Aufsatz im Septemberheft des „Koland“, unter der Überschrift: „Persönliche Religion und Religionsunterricht.“ Da heißt es: „Wie viele Lehrer, die nicht mehr auf dem Standpunkte der Bekenntnisreligion stehen, ohne irreligiös zu sein, rufen aus: „Nehmt uns ihn weg, den Religionsunterricht!“ Mein die Kirche, die Hüterin der Bekenntnisse, hat nur ein schroffes „Nein“ als Antwort. Selbstverständlich kann der Mensch, der persönliche Religion besitzt, sehr wohl „Religionsunterricht“ erteilen. Aber in vorgeschriebener Weise kann er ihn nicht ohne Gewissenszwang erteilen. Vor allem wird sein Unterricht kein „objektiver“ sein. Erfordert doch ein solcher zum mindesten ein Verschweigen der eigenen Prinzipien und Anschauungen, das ihrer Verleugnung sehr nahe kommt! — So bedeutet der Religionsunterricht in der Schule für den Lehrer mit persönlicher Religion Gewissenszwang; er ist Intoleranz. Erteilt ihn der Lehrer aber nach den Grundsätzen seiner persönlichen Religion, so wird er zum Gewissenszwang für Eltern und Kinder. Meine Kinder müssen, wenn sie die Schule besuchen, in den Religionsunterricht der Schule, den Lehrer X, Y oder Z erteilt, ganz gleich, ob die religiösen Ansichten der Herren X, Y oder Z mit den meinigen übereinstimmen oder ob sie dem diametral entgegengesetzt sind, darin ich meine Kinder erziehen will. Einigermassen erträglich wäre die Sache nur, wenn es mir freistünde, meine Kinder in den Religionsunterricht des Lehrers zu schicken, dessen religiöse Anschauungen den meinigen einigermassen entsprechend sind. Das ist aber eine Unmöglichkeit. Darum muß auch von diesem Gesichtspunkte aus die Lösung heißen: hinaus aus der Schule mit dem Religionsunterricht. Um des Gewissens der Lehrer willen; um der Toleranz willen! Den Religionsunterricht mögen dagegen die religiösen Gemeinden durch ihre Prediger oder Pastoren erteilen lassen. Es ist ja klar, daß auch die Menschen mit persönlicher Religion sich zu Gemeinden zusammenschließen werden. Um zu unserem ersten Bild zurückzukehren: Wenn wir uns die religiösen Anschauungen der verschiedenen Menschen als scharf umrissene Kreise denken, so werden sich in diesen Kreisen doch größere oder kleinere Flächen decken, wenn es auch wenige, vielleicht gar keine geben sollte, die ganz und gar zusammenfallen. Diejenigen aber, in deren Kreisen sich die größten Flächen decken, werden sich ganz naturgemäß zu Gemeinden zusammenschließen, die freie Vereinigungen bilden, in die niemand hineingezwungen wird, die kein Bekenntnis und kein Schema kennen. Und wenn sich dann diese Gemeinden, ihrer Weltanschauung entsprechend, frei gemacht haben vom Schema F mit seinem an jedem schönen Sonntagmorgen stattfindenden „Gottesdienst“, der zwar immer weniger besucht wird, aber trotzdem als Hauptveranstaltung dieser Gemeinden angesehen wird, dann werden sie vor allem ihre Arbeit auf die Erziehung der Jugend, d. h. der Arbeit an der Zukunft und für sie ausdehnen und den Religionsunterricht in die Hand nehmen, der in einer Schule, da Schulzwang herrscht, nimmermehr etwas zu suchen hat, und der nur eine Verfündigung darstellt an Lehrern, Eltern, Kindern und — an der Religion.“

So Pastor Felben. Die Mucker und deren Helfershelfer legen aber gerade auf diese Verfündigung an Lehrern,

Eltern, Kindern und an der Religion besonders Gewicht und widerstreben ihrer Beseitigung auf das entschiedenste. Sie tun das, weil sie hoffen, daß die Kirche dabei im trüben fischen kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Freisinnigen, beleuchtet von Freisinnigen.

Ein freisinniger Bezirksverein in Berlin, und zwar der des Potsdamer Vorbezirks, dem der bekannte Dr. Mugdan präsidiert, hat dieser Tage eine öffentliche Versammlung einberufen. Als Referent war Abgeordneter Wiemer erschienen, der über „Reaktion und Blockpolitik“ sprach. Bei der Besprechung des Falles Schücking schlug Herr Wiemer wieder die von seinen agrarischen Freunden als „Theaterdonner“ gekennzeichnete Tonart an. Die Weiterführung der Blockpolitik sei gefährdet, wenn nicht Remedur geschaffen und für den Fall Schücking Genugtuung gegeben werde. Dann beklagte sich der Referent bitter über die Tonart der Demokratischen Vereinigung (der Anhänger Barths), und schließlich folgte eine Reichsverbandsrede gegen die Sozialdemokratie. Wiemer schloß: „Ob Blockpolitik oder nicht in Zukunft getrieben wird, ist eine taktische Frage, die sich richtet nach den Verhältnissen.“ Als erster Diskussionsredner ergriff nun Dr. Moses das Wort und meinte, das Thema der Versammlung enthalte einen stilistischen Fehler. Es müsse nicht heißen „Reaktion und Blockpolitik“, sondern „Die reaktionäre Blockpolitik.“ Die ganze Blockpolitik sei ein reaktionäres Gebilde, und diejenigen, die an ihr teilnehmen, trügen dazu bei, die Reaktion in Preußen und Deutschland zu fördern. Die Konservativen im Block seien eher noch reaktionärer geworden als früher, die Nationalliberalen wären ihrer Tradition als Fraktion-Drohheibe treu geblieben, sie trieben die Blockpolitik als Schmockpolitik. (Bei diesem Wort sprang Dr. Mugdan erregt auf. Er verbot dem Redner, eine solche Beleidigung gegen die nationalliberale Partei zu richten, identifizierte sich also mit ihr.) Was den Blockfreisinn betrifft, so hätten ja früher Führer wie Fischbeck und andere erklärt, für den Freisinn gebe es keine Partei im Parlament, mit der er sich verbinden könnte. Jetzt sei die Verbindung mit den Konservativen da. Die Konservativen hätten sich nicht geändert, also müsse sich doch die Freisinnige Volkspartei geändert haben. Die Freisinnige Volkspartei hat ein ganz gutes Programm, es geht ihr dabei nur so wie der preussischen Regierung mit der Verfassung, das Programm wird nicht in die Tat umgesetzt. In Volksversammlungen können die Führer der Freisinnigen Volkspartei zwar radikale Töne anschlagen, wenn es aber im Parlament darauf ankommt, so heißt es: Richtet euch nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Taten. Der Redner erinnerte dann an die schmuckvollen Wahlkompromisse der Freisinnigen in Niederbarnim und Stensburg, die der stillschweigenden Genehmigung des freisinnigen Parteivorstandes gefunden hätten. Wenn der Freisinn schon so weit auf den Hund gekommen sei, so wäre es notwendig gewesen, im Interesse des Liberalismus und der Demokratie die Vereinigung ins Leben zu rufen. Über die Tonart politischer Gegner sollten sich doch die Herren nicht beklagen, deren Organ die „Freisinnige Zeitung“ ist. Die wüsten Schimpereien dieses Blattes können so leicht nicht überboten werden. Die „Freisinnige Zeitung“ hat sich ja auch bei den Wahlen auf das Gebiet der Denunziation begeben und Beamte verdächtigt und denunziert, weil sie nicht gegen die Sozialdemokratie gestimmt hätten. Auch die Denunziation gegen Dr. Breitscheid und Oberst Gädke stehe auf derselben Höhe. Der Blockfreisinn hat es jetzt schon so weit gebracht, daß er in konservativen und antisemitischen Blättern über den grünen Klee gelobt wird. Als Redner zum Beweise dafür eine Lobeshymne der „Kreuzzeitung“ auf die freisinnige Volkspartei verlas, klatschte Dr. Mugdan begeistert zu dieser konservativen Rundgebung. — Nun, wir beneiden Sie um solche Lobeserhebungen von reaktionärer Seite nicht! Bei der Reichsfinanzreform wird wieder mit der nationalen Phrase gewirtschaftet. Es soll ja auch eine nationale Tat sein, wenn Dr. Mugdan zum Stadtverordneten gewählt wird. Die Reaktion triumphiert heute bei uns, weil wir kein opferfreudiges, rückgratfestes Bürgertum mehr haben. Sie haben durch die Blockpolitik dem Bürgertum das Rückgrat gebrochen, wir wollen aber wieder anknüpfen an die alten Zeiten der Demokratie!

Als Dr. Moses gendel hatte, erfolgten anhaltende stürmische Beifallskundgebungen. Dr. Mugdan wurde dadurch wieder so in Zorn versetzt, daß er sich erregt „solche Szenen“ verbat.

Herr Mugdan wird sich, bleibt er Politiker, noch oft solche Szenen „verbitten“ müssen, bis sich schließlich der Rest der Freisinnigen den Dr. Mugdan „verbittet“.

Über die Veröffentlichung der Steuervorlagen finden, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, momentan Verhandlungen statt. Man darf annehmen, daß die Veröffentlichung unmittelbar nach der morgen, Freitag, stattfindenden Sitzung des Bundesrates erfolgen wird.

Die Schiffsabgaben kommen.

Das preussische Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der in der Form eines Antrages Preußens an den Bundesrat gehen soll. Es handelt sich dabei um eine authentische Interpretation zum § 54 der Reichsverfassung, wodurch die Erhebung von Schiffsabgaben auf regulierten Wasserstraßen als im Einklang mit dem Sinn der Verfassung stehend erklärt werden soll.

Der „Parade-Herrgott“.

In der neuesten Nummer des „März“ züchtigt J a s t - D z i e k o w i k den Hurrapatriotismus mit derben satirischen Gespöhlen. Er schreibt: „Der „Frankfurter Generalanzeiger“ widmete in der Nr. 202 vom 28. August 1907 den Mejer Kaisertagen einen Leitartikel und politisierte darin auch — für farblose Blätter ein prächtiges Charakteristikum — unter anderem über das — Wetter. Das Kaiserwetter natürlich! Dies interessante Thema ist ja ganz sicher harmlos, unanstößig und bei den von Jahr zu Jahr wachsenden Anforderungen an patriotischen Lintenergüssen unübergebar und auch leidlich ergiebig. Es würde also nicht weiter registrierfähig sein, wenn nicht ein Ausdruck darin vorgekommen wäre, der statt einer beabsichtigten naiven Wirkung eine zweideutige hervorgebracht hätte. Der „Frankfurter Generalanzeiger“ behauptet nämlich, daß der Parade-Herrgott den Kaisertagen schönes Wetter beschieden habe. Dies schöne Wort, von preussischen Byzantinern lange entbehrt, von Satirikern vergeblich gesucht, aber von patriotischer Einfalt gezeugt, ist von solcher Treffsicherheit, daß man um den Banhofvertrieb dieses Blattes bangen könnte. Davor aber wird den „Frankfurter Generalanzeiger“ seine lokale Haltung bewahren, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Redaktion etwa den Ausdruck „Parade-Herrgott“ als die kürzere Form für den Satz: „Die Kleinen beugen sich vor Gott, und die Großen beugen Gott vor sich“ gewählt hatte. Bei Schwarzlehren und Nörglern wird dieses Beispiel hoffentlich aber den Boden bereiten für die so lange an ihnen vermisse, in Ehrfurcht ersterbende Gesinnung, denn es ist hier unüberleglich erwiesen, daß haltloser Hurra-Patriotismus im Volksempfinden verborgen schlummernde treffende Gedanken über mißliche Zustände zu wecken weiß.“

Konservative Drohnote.

Die „Konservative Korrespondenz“ bestreitet, daß die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze bereits soweit gediehen sei, daß sie dem Reichstag vorgelegt werden könne. Das partei-offizielle Blatt droht, daß auf eine glatte Annahme der Regierungsabsichten nicht gerechnet werden könne. Dagegen wird bedauert, daß die anderweitige Regelung des Krankenkassengesetzes, durch Einbeziehung in diese allgemeine Reform verschleppt wird. — Die Konservativen sind entschiedene Gegner jeglichen Fortschrittes auf dem Gebiete der Sozialpolitik, dagegen können sie den Moment kaum erwarten, der die Krankenkassen der preussisch-deutschen Bureaukratie austilgt.

Dalles auch in Preußen.

Mit der Vorlage der Beamtenbesoldungsgesetze soll dem preussischen Landtage auch gleich eine Darstellung der finanziellen Lage des Staates zugehen. Die „Berliner Börsenzeitung“ betont, daß sich die Finanzlage erheblich verschlechtert habe und fährt dann fort:

„Es erscheint nahezu ausgeschlossen, daß in diesem Jahre aus den außerordentlichen Einnahmen Preußens eine so hohe Summe für die geplanten Besoldungsbesserungen sich wird flüssig machen lassen, als diese in dem Staatshaushalt vorgesehen ist. Dadurch wird die Aufgabe, für die gesamten Mehrausgaben eine mit den Grundregeln folgender Finanzwirtschaft zu vereinbarende dauernde Deckung zu schaffen, erheblich erschwert.“

Es dürfte also stimmen, daß der Landtag auf dem Wege der Erhöhung der Einkommensteuer neue Mittel für die Staatskasse beschaffen muß.

Ausweisung polnischer Arbeiter.

Den Braunkohlengruben im Kreise Neuhalbensleben ist eine behördliche Verfügung zugegangen, in der die sofortige Ausweisung der ausländischen Arbeiter polnischer Nationalitäten mitgeteilt wird. Ein Grund für diese geradezu unbegreifliche Maßnahme ist nicht angegeben worden.

Die Zollbelastung des deutschen Volkes.

Die „Hilfe“ bringt eine Zusammenstellung über die Verteilung der Zölle auf den Kopf der Bevölkerung und kommt zu folgendem Bilde:

Es wurden im Jahre 1907 pro Kopf an Zoll gezahlt für

Getreide und Hülsenfrüchte	4,27 Mt.
Petroleum	1,23 "
Kaffee	1,21 "
Wein	0,87 "
Holz	0,82 "
Erdfrüchte	0,22 "
Eisenwaren	0,18 "
Walter und Margarine	0,13 "
Baumwollengarn	0,12 "
Wolle	0,12 "
Kinder und Schafe	9,12 "

In diesen Beträgen ist aber die Belastung noch nicht enthalten, die dadurch entsteht, daß durch die Zölle auch die Preise der inländischen Erzeugnisse ganz wesentlich in die Höhe getrieben und von den Massen bezahlt werden müssen.

Der Kuhhandel beginnt.

Zu einer Mitteilung über den Inhalt der Vorlagen zur Reichsfinanzreform hatte, wie die „Kreuzzeitung“ meldet, Staatssekretär Sydow Mitglieder der deutsch-konservativen Partei des Reichstages für den 14. d. Mts. in das Reichstagsgebäude eingeladen. Es war jedoch nur dem Abgeordneten Freiherrn von Nitzschhofen-Dambsdorf möglich gewesen, zu erscheinen. Einen Tag später hat Herr Sydow die Antikameralisten Lattmann und Liebermann empfangen und es ist nahelegend, daß auch bereits Nationalliberale und Freisinnige über den Inhalt der Steuervorlagen informiert worden sind. Gegen diese Methode, erst mit den der Regierung ergebenen Parteien zu kühn handeln, ehe man dem Volke Aufklärung gegeben hat, kann nicht scharf genug protestiert werden. Wenn im trauten Beisammensein, hinter den Kulissen, feste Abmachungen getroffen werden, dann drückt man die Verhandlungen des Reichstages zur Farce herab.

Staatliche Krüppelfürsorge.

Eine amtliche Erhebung hat ergeben, daß es allein in Preußen 51 000 Krüppel unter 15 Jahren gibt. Die Provinzialbehörden sind angewiesen worden, den Ursachen und dem Umfang des Krüppelens nachzuforschen, sowie in Verbindung mit den in der Krüppelfürsorge bereits tätigen Vereinen und Anstalten Maßnahmen zur Heilung und Unterweisung der jugendlichen Krüppel zu ergreifen. Ueber den Erfolg soll dann berichtet werden und vom Ausfall dieser Berichte hängt es denn ab, ob diesen Armen der Armen durch eine Ergänzung des Fürsorgegesetzes geholfen werden kann.

Schmerz, laß nach!

Mit allen Zeichen des Entsetzens berichtet die holländische Presse, daß bei den Kirchenwahlen der Liebfrauen-gemeinde in Berlin, die polnische Kandidatenliste gesiegt hat! — Wir kondolieren!

Die Schweiz gegen das deutsche Vieheinfuhrverbot.

Das Mitglied des schweizerischen Bundesrates, Douchet, teilte einer Abordnung aus Bern mit, der Bundesrat habe den Schweizer Gesandten in Berlin beauftragt, bei der deutschen Regierung nachdrücklich auf die Aufhebung des deutschen Vieheinfuhrverbotes hinzuwirken, da die ganze Schweiz, mit Ausnahme kleiner Bezirke in den Kantonen Graubünden und Wallis, seuchenfrei sei. Man darf wohl schon jetzt voraussagen, daß die Schweiz damit keinen Erfolg haben wird, denn die Reichsregierung fürchtet das Geschrei der Ungarn. Das Viehseuchengesetz, das ein Verbot der Vieheinfuhr zuläßt, hat nur scheinbar den Zweck, die Einschleppung von Viehseuchen zu verhindern, in Wirklichkeit dient es dazu, unter den jähemseitigsten Gründen die Einfuhr von Vieh nach Deutschland zu unterbinden, damit das, vielfach auch verfaulende deutsche Vieh, zu recht hohen Preisen verkauft werden kann.

Die Marokko-Note.

Die aus offiziellen Quellen gepeilte Presse weiß zu berichten, daß die von den Besitzern Frankreichs und Spaniens überreichte Note in der Marokko-Angelegenheit nach der Zusicherung des Unterstaatssekretärs Stenrich, der in Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs von Schöen die Noten in Empfang nahm, wohlwollend geprüft werden sollen. Zurzeit ist man an den zuständigen Stellen mit dieser Prüfung beschäftigt; und bevor sie beendet ist, ist eine amtliche Stellungnahme oder offizielle Rundgebung der deutschen Regierung nicht zu erwarten.

Die deutschen Steuerzahler, die unter Umständen die Haltung Deutschlands in dieser Frage teuer bezahlen müssen, brauchen nicht zu wissen, welcher Art die Forderungen Frankreichs und Spaniens sind. Auch das Auswärtige Amt stellt für das Volk den Grundsatz auf: Steuer zahlen und Maul halten.

England.

Ein Streif-Schiedsgericht. Das Lokalverwaltungsamt kündigt die bevorstehende Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten an. Die Zusammenfassung des Schiedsgerichtshofes wird bei jedem Streitfall eine andere sein. Die Vorsitzenden sollen einer besonderen Liste angehörender unparteiischer Persönlichkeiten die sich diesem Dienst unterziehen wollen, entnommen werden. Ein oder zwei Schiedsrichter sollen aus zwei Listen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gleichen Verhältnis ernannt werden. Erforderlichenfalls wird das Handelsamt technische Beisitzer ernennen, denen aber kein Stimmrecht zusteht.

Soziales und Parteilieben.

Ein Verstoß. Von der Staatsanwaltschaft in Leipzig ist gegen den Geschäftsführer der Leipziger Buchdrucker-Gewerkschaft (Leipziger Volkszeitung), den Genossen Seyffert, und gegen den Vertrauensmann des 11. hiesigen Reichstagswahlkreises, den Genossen Noack in Würzen

Anlage wegen Verletzung des § 19 in Verbindung mit dem § 6 des Preßgesetzes Anlage erhoben worden. In der Parteidruckerlei wurde ein gegen einen Steindruckereibesitzer in Würzen gerichteter Flugblatt gedruckt, und vom Genossen Noack im Würzener Kreis verbreitet. Bei dem Druck auf der Schnellpresse waren versehentlich zwei Bogen zusammen in die Presse gekommen, so daß ein Bogen nur einseitig bedruckt wurde. Deshalb fehlten auf dem Flugblatt neben der einen Seite natürlich auch die Namen des Druckers und des Verlegers. Dieses ist dem in dem Flugblatt angegriffenen Unternehmer in die Hände gefallen, der es der Staatsanwaltschaft übermittelte. Nunmehr ist Anlage erhoben worden und zwar gegen Seyffert als Drucker und Noack als Verleger des Flugblattes. Der Termin ist am 1. Oktober vor dem Leipziger Schöffengericht.

Die Kräfte. Infolge der wirtschaftlichen Krise ist in der Raffinerie Waggonfabrik von Begmann u. Co., etwa 150 Arbeiter des Betriebes gekündigt worden. Weiteren 150 Arbeitern ist ein längerer Urlaub ohne Lohnzahlung bewilligt worden. Die letzteren rechnen ebenfalls mit der Kündigung.

Ein Verein gelber Beamter. Montag abend hielten die in der Maschinenfabrik Augsburg beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten, soweit sie aus ihren Organisationen ausgetreten sind, eine Versammlung ab, in welcher eine Resolution angenommen wurde, in der der Fabrikdirektion volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Zugleich wurde das Vorgehen des Bundes technisch und industrieller Beamten scharf verurteilt und der Vorschlag gemacht, einen eigenen Verein zu gründen, der die guten Beziehungen zwischen Angestellten und Betriebsleitung zu wahren gesonnen ist. Damit hätten die Scharfmacher der Maschinenfabrik Augsburg, die zugleich die geistigen Leiter des Verbandes Bayerischer Metallindustriellen sind, ihren Zweck erreicht. Sie können nun ihre Beamten gegen einander ausspielen und der Kampf gegen die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten kann aufs neue beginnen. Letztere sind sämtlich gegenüber den Lockungen und Drohungen der Direktion standhaft geblieben, während die anderen Vereinen angehörigen Angestellten aus diesen austraten und sich die bereits gezahlten Beiträge von der Direktion erheben ließen. Die Versammlung war seitens der Direktion „angeregt“ worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 18. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Grüzühle, Hafentstraße, Sietbau Mari, Kallenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelesdorfer Chaussee und J. a. b. S. Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! über die Sietbauarbeiten in der Marienstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. a. b. S. im Fünfhausen und über den Bau Hafentstraße (Grüzühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die Nichtbestätigung des Genossen Meher zum Moiskinger Gemeindevorstandsmittglied vor der Bürgererschaft. Auf die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgererschaftsversammlung sind noch folgende zwei bemerkenswerte Anträge gesetzt worden: Antrag von Wissell: die Bürgererschaft wolle den Senat um Auskunft darüber ersuchen, nach welchen Grundregeln das Stadt- und Landamt sein Bestätigungsrecht nach Artikel 17 der Landgemeindevorordnung ausübt. Antrag von August Pape: die Bürgererschaft wolle den Senat um Auskunft darüber ersuchen, ob es wahr ist, daß ein von den Gemeindevorstandsmitgliedern in Moisking dreimal gewähltes Vorstandsmittglied nicht bestätigt ist und welche Gründe zur Nichtbestätigung geführt haben. — Nun hat das Stadt- und Landamt resp. dessen im Senat sitzender Vorsitzender die ihm sicherlich erwünschte Gelegenheit, darzulegen, warum ein Sozialdemokrat, der dreimal, zuletzt fast einstimmig, gewählt wurde, nicht Mitglied des Gemeindevorstandes eines Dorfes sein darf. Auf die Gründe sind wir vorderhand noch ein wenig neugierig.

Eine weitere Bereicherung der nächsten Bürgerchaftsversammlung ist durch folgende Sachen erfolgt, die heute veröffentlicht werden: Eingabe von Bewohnern der nördlichen Vorstadt St. Lorenz betr. Herstellung einer direkten Straßenverbindung der Vorstadt St. Lorenz über die Wallhalbinsel mit der inneren Stadt. Antrag von Jenne und Genossen: die Druckerei 1908 Nr. 14 betr. die Brückenverbindung zwischen der Vorstadt St. Lorenz und der inneren Stadt mit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung der Bürgererschaft zu setzen. — Dazu kommen die an anderer Stelle erwähnten Interpellationen über die Nichtbestätigung eines Moiskinger Gemeindevorstandsmittgliedes.

Von Massenaustritten aus der sozialdemokratischen Partei! publizieren auch Lübecker bürgerliche Blätter. Die gleichlautende Notiz, in welcher dies überall geschieht, stammt jedenfalls aus der Endelücke des Reichsverbandes und lautet:

Zu einer Abgabe an die sozialdemokratische Partei führte die Generalversammlung der freien sozialdemokratischen Gewerkschaften in Berlin, in der der Vorsitzende Kater die Differenzpunkte, die zwischen Gewerkschaften und der Partei bestehen, darlegte. Gegenüber dem Antrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Anhänger der lokalen Gewerkschaften aus den Parteioptionen auszuschließen, erklärte man in der Versammlung, daß das Verhalten der Partei ein längeres Verbleiben der freien Gewerkschaften innerhalb der Organisation nicht zweckmäßig erscheinen lasse. Man will durch Massenaustritte jetzt dem Ausschluß zuvorkommen. Neben der freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften hat sich auch der über 300 Mitglieder zählende Allgemeine Metallarbeiterverband von der sozialdemokratischen Partei losgesagt.

Wir stellen fest, daß die Notiz durch die unbestimmte Fassung des Begriffs „Gewerkschaften“ bei Uneingeweihten den Eindruck zu erwecken sucht, als handle es sich bei der genannten Generalversammlung um eine solche der sogenannten „freien Gewerkschaften“, die die Reichsverbandspresse sonst als „sozialdemokratische Gewerkschaften“ bezeichnet. Das ist bewußte Fälschung! Es handelt sich, wie bereits kurz bemerkt, um die sogenannten lokalorganisierten Sonderhändler, die mit den freien Gewerkschaften schon lange im Kampfe liegen, die von den freien Gewerkschaften wegen ihrer auf Zerstückelung und Zerstörung der Arbeiterbewegung gerichteten Tätigkeit schon lange erbittert bekämpft worden sind. Es handelt sich also nicht um „sozialdemokratische Gewerkschaften“, sondern um die anarchisierenden Lokalorganisierten.

Handelsregister. Am 15. September 1908 ist bei der Firma Bahahofs-Automat, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Lübeck eingetragen worden: Die Be-

stellung des Wilhelm Preker als Geschäftsführer ist widerrufen, an seine Stelle ist der Kaufmann Georg Wilhelm Keil in Lübeck bestellt worden.

Frei-Wadbeauftragt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 17. Septbr., morg. 8 Uhr: Wasser 12, Luft 11 1/2; 10 Uhr: Wasser 12, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 13 1/2, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 13, Luft 15 Grad Celsius.

Rücksendung von Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapieren. Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben werden nur dann befördert, wenn sie den bestehenden Vorschriften genügen und im allgemeinen nicht mit Porto belastet sind. Aus den Kreisen der Handelswelt ist gewünscht worden, daß diese Sendungen, wenn sie den Bestimmungen nicht entsprechen, dem Briefporto unterworfen werden. Die Reichs-Postverwaltung kann diesem Verlangen aus verschiedenen Gründen nicht entgegenkommen. Für die ermäßigten Taxen von Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben ist Voraussetzung, daß die postdienstliche Behandlung dieser Sendungen, ihrem geringen Porto entsprechend, sich so einfach wie möglich gestaltet. Würden diese Sendungen dem Briefporto unterworfen, so würde sich die Zahl der ungenügend frankierten und mit Porto belasteten Briefsendungen vermehren. Das hätte aber eine wesentliche Erschwerung des Betriebes zur unausbleiblichen Folge. Ferner würden zahllose Erörterungen mit dem Publikum an der Tagesordnung sein. Die meisten Empfänger derartiger Sendungen würden es als eine Belästigung empfinden, wenn ihnen zugemutet würde, für Fehler, die der Absender begangen hat, aufzukommen. Sie würden die Annahme der mit Porto belasteten Sendungen verweigern. Die Fälle, in denen der Empfänger solcher Sendungen ein lebhaftes Interesse daran hat, in den Besitz dieser Sendung zu gelangen, sind außerordentlich selten. Auch vielen Absendern unvorschriftsmäßiger Drucksachen um. wäre es nicht erwünscht, wenn diese Sendungen zur Absendung gebracht würden. Sie werden meist vorziehen, daß die unvorschriftsmäßigen Sendungen ihnen vor der Absendung zurückgegeben worden wären.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der in Fackenburg mittels Einbruchs einen größeren Posten Speck gestohlen hatte und diesen hier zu verkaufen suchte. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Papeßellen zwecks Strafverbüßung.

pb. Fahrraddiebstahl. Gestohlen wurde vorgestern das vor einer Wirtschaft in Fackenburg hingestellte Fahrrad Marke „Dorella“. In demselben befanden sich die Polzei-nummer 7705. Das Fahrrad hatte aufwärtsgebogene Lenkstange schwarzen Rahmen und Felgen.

Fürkennung Lübeck. Die Wahlmännerwahlen zum Landtag haben gestern in mehreren Wahlbezirken stattgefunden. In Gutin, wo 11 Wahlmänner gewählt wurde, siegte die Liste der Agrar-Liberalen mit 99 bis 191 Stimmen; eine von den Innungen aufgestellte Liste, die auch verschiedene Namen der agrarisch-liberalen Liste enthielt, brachte es — soweit eigene Kandidaten in Frage kommen — auf 79 bis 93 Stimmen. Unsere Genossen erhielten 45 bis 46 Stimmen. Wenn auch für die Sozialdemokratie die Aussichten, ihre Wahlmänner durchzubringen, nur recht gering waren, so rechtfertigt das durchaus nicht die schwache Wahlbeteiligung ihrerseits, wie sie sich aus dem Resultat ergibt. Es ist bedauerlich, daß manche Arbeiter nicht einmal ihr eigenes Interesse dadurch wahrzunehmen verstehen, daß sie von ihrem vornehmsten Recht, dem Wahlrecht, Gebrauch machen. Über die Angelegenheit wird später noch zu sprechen sein. — In West-Katekau erhielt die von den Liberalen und den sozialreaktionären Landbühlern gemeinsam aufgestellte Liste 113 Stimmen; unsere Kandidaten unterlagen mit 89 Stimmen. Diese Wahl wird angefochten werden, da eine ganze Anzahl von Leuten gewählt hat, die zwar in den Wählerlisten eingetragen, aber nach dem Gesetz nicht wahlberechtigt waren. In Sibirien erhielt die Blockliste 45, die Liste der Sozialdemokraten 10 Stimmen. — Heute und morgen dürfte der Wahlausfall ein anderer sein, wenn die Parteigenossen auf dem Posten sind.

* Schwartau. Nationaler Wahlverein und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. In letzter Stunde hatte der bürgerliche Mischmasch sich gestern einen Posten des Reichsverbandes kommen lassen, um der Sozialdemokratie vor den Wahlen den Garau zu machen. Wollte man einen Gradmesser an die längst widerlegten Schimpfereien, Verleumdungen, Verdrehungen legen, die der Referent, ein Herr Sommerburg aus Berlin vortrug, dann müßte es heute keinen einzigen Sozialdemokraten im Fürkennung geben. Der überaus flau u. Besch. dieser Versammlung läßt die Vermutung nahe, daß der größte Teil der liberalen Wähler Schwartaus mit dieser Arrangierung nicht einverstanden ist; mögen sie ihre Schuldigkeit tun. Unsere anwesenden Genossen, bekannt mit der Taktik des Reichsverbandes, gaben die bündige Erklärung ab, daß man mit jeder politischen Partei über wirtschaftliche und politische Fragen jederzeit diskutiere, aber mit dem Reichsverband, der seine Jünger wie einen Hund zum Rinfemachen abrichtet, und auf die Sozialdemokratie dreifach, der keine politische Überzeugung habe, nicht, dazu hielten wir uns zu gut. Daß diese Erklärung dem Herrn einen ganz gewaltigen Stich durch die Rechnung machte, konnte man am Schlußwort des Referenten wahrnehmen, wo er in überaus unfähiger Weise persönlich gegen unsere Genossen vorging. Interessant an der ganzen Veranstaltung war, daß die Versammlung mit der Tagesordnung: „Landtagswahlen und Sozialdemokratie“ einberufen war. Der Referent war aber auch mit keinem Worte auf die Fragen, die den neuen Landtag beschäftigen werden, auf die Leistungen des alten Landtages, trotzdem er deswegen angezapft worden, eingegangen. Er konnte es nicht, weil diese Walze für den Reichsverbandssphonographen noch nicht fertiggestellt war.

Ginshorn. Mord. Auf dem Felde zwischen Rissen und Sapulau ist die Leiche eines erdrosselten jungen Mädchens gefunden worden. Die Kleidungsstücke lagen an einer anderen Stelle. Vermutlich handelt es sich um das Dienstmädchen Anna Wickers aus Stellingen, das mit einer Freundin, die inzwischen zurückgekehrt ist, am Sonntag nach Hamburg gegangen war und seitdem ver-schwunden ist.

Flensburg. Das Reichsgericht hat den Zahnarzt Schmidt und den Redakteur Eversson, die wegen Aufforderung zur Nichtbefolgung der Anordnung der Regierung vom Landgericht Flensburg 2 im März zu Geldstrafen verurteilt worden waren, freigesprochen.

London. Freisinniger „Protest“ gegen das Klassenwahlrecht. Für die Landtagswahl in London haben die Freisinnigen Wahlenthaltung beschlossen. Sie wollen nach der „Kieler Zeitung“ dadurch gegen das reaktionäre Landtagswahlrecht, das nicht einmal eine Neuwahl der Wahlmänner bei Erstwahlen anordnet, Protest erheben. Das ist wieder einmal echt freisinnig, denn auf diese Art wird den Nationalliberalen das Mandat ohne jeden Kampf überlassen. Auf wen will man denn mit einem solchen Protest Eindruck machen?

Grohn. Im Waschfaß ertrunken. Ein schwerer Verlust hat die Familie des Arbeiters K. in der Johannis-

Frage betroffen. Die Frau hatte gewaschen und war nach dem Garten gegangen, um Wäsche aufzuhängen. Das im Hause zurückgebliebene etwa 2 Jahre alte Kind stürzte unter des in das Waschfaß und ertrank.

Schwerin. Morb? In den Gäßebühner Lannen bei Grötk wurde am Montag die Leiche eines etwa 50jährigen Mannes gefunden, der einem Morde zum Opfer gefallen zu sein scheint. Die Staatsanwaltschaft erklärt hinter den mutmaßlichen Mörder Joseph Solekht aus Galizien, in dessen Begleitung sich der 16jährige Zwodocha Solekht befand, einen Steckbrief.

Ohre bei Wippen. Bei lebendigem Leibe verbrannt. Von einem schrecklichen Unglücksfall wurde die Familie des Kolonen Hermes Dennigmann heimgesucht. Die Familie war auf dem Lande beschäftigt und hatte die achtjährige Tochter zur Bewachung des Hauses zurückgelassen. Als diese nachmittags den Viehkessel vom Feuer wehmen wollte, fiel der Feuerschürer ins Feuer. Beim Versuch, diesen wieder herauszuholen, lehnte sich das Mädchen über das Feuer. Im Nu standen die Kleider in Flammen, die ihr vom Leibe herunter brannten. Das bedauernswerte Mädchen ist am anderen Tage infolge der erlittenen Brandwunden gestorben.

Immer (Oldenburg). In Trauer versetzt wurde die Familie des Zimmermanns Osterloh von hier. Die 37jährige Tochter desselben wollte zu ihrer auf dem Kartoffelacker beschäftigten Großmutter gehen. Um dahinzukommen, wollte sie unter einen sogenannten Schlagbaum durchkriechen, derselbe fiel aber so unglücklich nieder, daß dem Kinde das Genick gebrochen wurde und es augenblicklich tot war.

Aus Nah und Fern.

Erier, 17. September. Die Strafkammer verurteilte den in Konkurs geratenen Großfabrikanten Hamacher wegen sechsfachen Betruges zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust und dem stillen Teilhaber Hamachers, Student, zu einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis. Die Betrügereien belaufen sich auf eine halbe Million.

Moskau, 17. September. Gestern wurde auf der Station Runzovo der Stationschef, als er Eisenbahnzüge inspizierte, von unbekanntem Personen überfallen, die ihm zehn Wunden beibrachten und ihn, um die Spur des Verbrechens zu verwischen, auf das Bahngelände legten.

Verleumdung der Sozialdemokratie auf der Anklagebank. Am Donnerstag begann der Prozeß gegen den bekannten Amandus Schubert und gegen Kade, die beide wegen Verleumdung angeklagt sind. Die Verhandlung, für die drei Tage angelegt sind, wird vor dem Chemnitzer Schwurgericht geführt. Amandus Schubert ist ein ehemaliger Angestellter der Chemnitzer Ortskrankenkasse und in Deutschland allgemein dadurch bekannt geworden, daß er eine Subelbroschüre wegen angeblicher Mißstände in dieser Ortskrankenkasse ver-

öffentlicht hatte. Bekanntlich ist diese Broschüre in ganz Deutschland vom Reichsverband verbreitet worden, um sie gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zu benutzen. Auf Grund der Broschüre ist seinerzeit eine Untersuchung gegen den Vorstand der Chemnitzer Krankenkasse eingeleitet worden, das Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder mußte aber eingestellt werden.

Vergiftetes Trinkwasser. Eine eigenartige Trinkwasserkatastrophe ist in Oberfeld entstanden. Laut Bekanntmachung des Oberbürgermeisters ist durch ein Versehen der Chemischen Fabrik Wülffing, Dahl u. Co. Nitrobenzol in einen großen Teil der städtischen Wasserleitung gebrungen und hat das Wasser giftig und ungenießbar gemacht, so daß vor dem Genuß des Wassers in rohem, ungekochtem Zustande gewarnt wird. Die Wasserversorgung der betroffenen Stadtteile geschieht möglichst durch Sprengwagen. Mehrere Personen sollen, wie ein Gerücht besagt, bereits nach dem Genuß des vergifteten Leitungswassers erkrankt sein. — Nitrobenzol ist das Produkt der Einwirkung konzentrierter Salpetersäure auf Benzol. Es ist ein gelbliches Öl, das stark nach Bittermandelöl riecht; es schmeckt äßend, stellt mit Wasser verdünnt dagegen süß, ist aber in jedem Fall giftig.

Lebendig verbrannt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Mittwochabend in der elektrischen Unterstation der Münchener Ausstellung. Der 40jährige Obermonteur Bayer stürzte infolge Ausgleitens auf die Stromleitung, die ihm durch den ganzen Körper ging. Der Mann wurde lebendig verbrannt.

Infolge des Genusses giftiger Pilze starben, wie aus Treuenbriege berichtet wird, dort kurz nacheinander drei Angestellte der dortigen Papierfabrik, der Kontorist Emil Knesche, der Elektromonteur Loebel und der Maurerpolier Adolf Wendt. Die Frau des Elektromonteurs Loebel, die ebenfalls von den Pilzen gegessen hatte, liegt schwerkrank darnieder.

Preussische Schulkente. Vor der Strafkammer in Kassel wurde Mittwoch ein Schulkent, der einem Arrestanten ins Gesicht und mit einem Stocke geschlagen hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof sprach in dem Urteil aus, der Schulkent hätte eigentlich drei Monate Gefängnis verdient, doch seien ihm mildernde Umstände zugestanden worden, weil er noch unbescholten sei. — Ein anderer Kasseler Schulkent hatte neulich einen Zusammenstoß mit einem Betrunknen. Dem Betrunknen fuhr der Schulkentssäbel durch den Leib, sodas der lebensgefährlich Verletzte am Tage darauf verstarb. Der Schulkent behauptet freilich, der Betrunkene sei ihm in den Säbel hineingelaufen.

Ein treffendes Porträt. Eine Satire zum „Fall Schücking“ bringt die Nr. 31 der Münchener „Jugend“, die es verdient, noch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Sie lautet: „Ein Bürgermeister ist ein Mensch, der von einer Herde Bayern, Bürgern oder ähnlichem Pack gewählt wird, damit die legitimen Herren nicht mit diesen übertriebenen Satisfaktionsunfähigen Kerls einzeln verkehren müssen, wenn

sie etwas von ihnen brauchen. Er ist also lediglich ein Organ zur Erleichterung und Bewältigung und hat sich als solches zu benehmen. Vor allem hat er das Maul zu halten, bis er als untergeordnetes Organ nur seine vorgefertigten Kritiken könnte, was eine direkte Frechheit und gleichbedeutend mit Aufruhr wäre. Begeht ein Bürgermeister diese Frechheit dennoch, mündlich oder gar durch Eingaben, Zeitungartikel oder Broschüren, so werde er sofort seines Amtes, dann seiner Hosen entkleidet und in den „Block“ gespannt. Ein Bursche des Regiments, oder der Korpsdiener des Korps, bei welchem sein Landrat aktiv war, hätte ihm hierauf vor versammelter Gemeinde 25 auf seine liberalkonservative Paarung zu verabsagen. Aberhaupt empfiehlt es sich, jeden dieser Kerls, schon ehe ihm die Gnade Sr. Majestät erlaubt wird, sich von dem Plebs als Bürgermeister aufstellen zu lassen, darüber zu befragen, ob er konservativ oder liberal gesinnt ist. Im ersteren Fall kann ihm gestattet werden, zum Lobe der preussischen Verwaltung diejenigen Artikel usw. zu schreiben, die seinen Vorgesetzten zu schwer sind. Im anderen Falle wäre ein Fußtritt die geeignetste und kürzeste Beförderungsart für solche Streber, da eine liberale Gesinnung mit der Stellung eines mittelbaren Staatsbeamten in Preußen nicht vereinbar ist. Leiden und unbegreiflicher Weise werden aber derlei Individuen immer noch auf ihren Posten belassen und bestärkt, und daher kommt es, daß die Behörden sich ihretwegen später mit Zeitungsschreibern herumschlagen müssen, weil dies Pack gewöhnlich mit den Aufwieglern gemeinsame Sache macht. Es ist daher geraten, Bürgermeister von liberaler Gesinnung überhaupt nicht oder nur dann zu bestärken, wenn sie nachweisbar Analphabeten sind, und im übrigen das Institut mit der Zeit überhaupt eingehen zu lassen. Ein älteres zuverlässiges Polizeiorgan, wie z. B. die Dienste Gendarmen, Gefängnis- oder Geflüchtwärter und dergleichen, genügt vollkommen zur Ausfüllung dieser Posten und erregt selten unliebsame Weiterungen.“ — Vielleicht ohne zu wollen, hat die „Jugend“ hier ein äußerst treffendes Porträt der unentwegten „Liberalen“ gegeben, die sich lieber 25 Hiebe auf ihre konservativ-liberale Paarungsseite verlegen lassen, als vom Bülow-Block scheiden.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschau-Viehmarkt
17. September.

Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 1257 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 65 Mk., leichte 64¹/₂—65 Mk., Sauen 57—61 Mk., Ferkel 59—63 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: F. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen an
Friedr. Bahr und Frau
geb. Buck.

Zum 1. Oktober event. später die 1. Etage zu vermieten.
Chasotstraße 5.

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten.
Westhoffstraße 48, part.

Zu vermieten gut möbl. heizb. Zimmer nach vorn (separater Eingang) für 1 oder 2 Mann.
Meierstraße 31, I.

Gesucht zu sofort ein Tagesmädchen
bei hohem Lohn.
Hützstraße 79.

Ständige Anlegerinnen
finden dauernde Beschäftigung.
Aug. Faasch, Johannisstraße 48.

Verein der Hausangestellten (Dienstmädchen, Wasch- u. Reinmachefrauen).

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß wir mehrere gute Stellen zu vergeben haben.
Flamm. Petroleum-Maschine, Kommode, Fußzeug, Morgenrock und Jackett billig zu verkaufen.
Segebergstraße 7, II.

Zu verkaufen 1 Sofa, 4 Stühle, 1 Gelellens-Koffer, 1 Fensterhahn.
Wickedestraße 20.

Schöne große Ferkel hat zu verkaufen
H. Lange, Mari.

Verloren vor 14 Tagen von einem Kinde in der Rosenstraße ein Örring mit blauen Steinen. Bitte abzugeben
Rosenstr. 18/3.

Welcher edel denkender Herr leiht einem Geopnar Mk. 20 gegen wöchentliche Abzahlung. Näheres in der Expedition d. Bl.

Trinkt Brumby!

ff. Meiereibutter 118 Pfg. Pfund

Einmachewurstchen 68 Pfg. 10 Pfund

C. Burckhardt
40 Hützstrasse 40.

Kakao * Kakao
garantiert rein, Pfund nur 120 Pfg.

T. Buhrmann, Hölstenstraße 23.

Fette Damwildrippen, à Pfd. 50 Pfg.
in Kohl, kräftiger wie Hammelfleisch
empfehl.
Frd. Holst, Fleischhauerstr. 8.

Möbel-Magazin Carl Folkers, Lübeck

25 Mariesgrube 25 — Fernruf 734

Vollständige Wohnungseinrichtungen

Grosse Auswahl • Billige Preise • Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei ins Haus auf eigenem Möbelwagen.

Empfehle diese Woche
Prima junges diätes kernsettes Dänen- und Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
Beesteeck 1 Mk., Rindfleisch 80 Pfg.
Goulasch 70 Pfg., Gehacktes 70 Pfg.
Pa. junges Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.
Pa. jung. Lamm- u. Hammelfl. Pfd. 70 Pf.
Kalbfleisch 55 Pfg., Keule 65 Pfg.

Paul Boldt, Schlachterei,
Wahmstr. 22. Fernruf 753.

Empfehle meinen werten Kunden am Sonnabend in der Markthalle
prima junges Fleisch
sowie die verschiedenen Wurstsorten in bekannter Güte.

Herm. Dose
Roßschlachterei mit elektr. Betrieb.
Hundestraße 62. Markthalle 1.

Käse-Abteilung.
Holländer Käse
Pfund nur 60 Pfg.
Allg. Schweizer
Pfund nur 60 Pfg.
Pikanter Käse
Pfund nur 40 Pfg.
ff. Margarine
1 Pfd. nur 70 u. 2 Pfd. 135 Pfg.
Ed. Speck, Süßtr. 80 u. 82.

Empfehle
Pa. Fleisch- und Wurstwaren
in bester Qualität.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst.
Oscar Keil
Schlachterei u. Wurstmacherei u. elektr. Betr.
Schwart. Allee 65, Ecke Westhoffstr.
Fernsprecher 1447.

Ia. Sauer Kohl
Magdeburger Salz Gurken
do.
Feinste Matjes-Feinste Sommerlang-Heringe
Große Salzheringe
zum Einlegen, 3 Stück 10 Pfg.
T. Buhrmann, Hölstenstraße 23.
Prima Fleisch für wenig Geld kauft man bei Willi Stapelfeldt.

Empfehle:
Pa. junger Dänenfleisch Pfund 65 Pfg.
Pa. ja. diä. fettes Rindfleisch " 60 "
Pa. Bratenstücke " 65 "
Pa. Roastbeef " 70 "
Pa. Schweinefleisch " 70 "
Pa. frische Schinken " 75 "
Pa. Kalbfleisch Pfund 50 und 60 "
Pa. Hammelfleisch Pfund 70 "
Pa. Gehacktes " 70 "
Pa. Rindfleisch " 80 "
Pa. Scheibenbeesteeck " 100 "
Pa. Karbonade " 80 "

Willi Stapelfeldt,
Hützstraße 79.
Lieferung frei ins Haus. Telefon 2228.

Freitag
Sonnabend

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck Holstenstrasse 25/33.



2 Sondertage!

Hervorragend billige Preise für Lebensmittel und Wirtschafts-Bedarfs-Artikel.

Lebensmittel.

Reis Pfund 28, 24, 18, 14 Pf.
Patent-Sago Pfund 23 Pf.
Französ. Hartgries Pfund 22, 21 Pf.
Graupen Pfund 18, 15, 13 Pf.
Manna-Grütze Pfund 23 Pf.
Buchweizengrütze Pfund 23 Pf.

Schinken roh und gekocht 1/4 Pfund 45 Pf.
Schinkenspeck Pfund 130 Pf.
Deutsches Büchsenfleisch Pfund 95 Pf.
Pa. Cervelatwurst Pfund 80 Pf.
Mettwurst grobe Pfund 90 Pf.
Mettwurst la. grobe Pfund 120 Pf.

Weizenmehl la. Pfd. 17 u. 15 Pf.

Lachs la. geräuchert, im Pfd. 95 Pf.

Hafermehl in Paketen Pfund 45 Pf.
Sagomehl Pfund 24 Pf.
Mondamin Paket 55, 28 Pf.
Malzena Paket 48, 24 Pf.
Kartoffelmehl Pfund 16 Pf.
Reismehl staubfrei Pfund 16 Pf.

Schwed. Anchovis u. russ. Sardinen Glas 28 Pf.
Sardinen in Oel Dose 85, 48, 35 Pf.
Appetitsld Dose 42 Pf.
Krabben geschält Dose 65, 38 Pf.
Kronen-Hummer Dose 250, 130, 85 Pf.
Aal in Gelee Pfund-Dose 85 Pf.

Hansa-Back- u. m. Prämien- 10 68 Pf.
(Delikato) Pudding Bons Pakete Pulver

Schweizerkäse saftig Pfund 68 Pf.

Dr. Cratos Fabrikate m. Prämienbons 10 Stck. 68 Pf.
Julienne-Suppengrün Pfund 60 Pf.
Maccaroni Pfund 38 Pf.
Nudeln diverse Pfund 48, 38, 30 Pf.
Grückeramehl Pfund 65 Pf.
Salzgurken fest 2 Stück 9 Pf.

Echter Emmenthaler Pfund 95 Pf.
Tilsiter ieff 2 Pfund 95 Pf.
Holländer Käse pa. Pfund 85 Pf.
Eidamer Käse Pfund 75 Pf.
Münchner Bierkäse Pfund 48 Pf.
Limburger Käse alt Pfund 38 Pf.

Suppentafeln sortiert 10 Stück 85 Pf.

Echt franz. Camembert. 26 Pf. Gervais . . . 28 Pf.

Fein-Salz Pfund 9 Pf.
Würfelzucker Sparwürfel Pfund 24 Pf.
Kristallzucker zum Einmachen Pfund 22 Pf.
Brodenzucker zum Einmachen Pfund 24 Pf.
Zucker gemahlen Pfund 22 Pf.
Kaffee-Zusatz Paket 8 Pf.

Muskatnüsse 4 Stück 10 Pf.
Vanilleschoten 3 Stück 10 Pf.
Senfkörner Pfund 36 Pf.
Marmelade 5 Pfund-Eimer 135 Pf.
Misch-Honig (Honig-Ersatz) Pfund 28 Pf.
Haush.-Schokol. gar. rein Kakao u. Zuck. Block 68 Pf.

Kaffee stets frisch gebrannt Pfd. Nr. 1 | 2 | 3 | 4
1.40 | 1.20 | 90⁴³ | 75⁴³

Kakao garantiert rein im Pfund **95 Pf.**

Wirtschafts-Artikel.

Garderobenhälter imit Nussbaum 35 Pf.
Pancelle imit. Nussbaum 45 Pf.
Bauertische imit. Nussbaum 125 Pf.
Eierschrank für 45 Eier, hell lackiert 120 Pf.
Putzkommode hell lackiert, 3teilig 245 Pf.
Deckelhalter lackiert, für 6 oder 8 Deckel 45 Pf.

Leitern gelb geölt 6 Stufen **290 Mk.**
10 Stufen **490 Mk.**

Obertassen zum Aussuchen 3 Stück 20 Pf.
Untertassen zum Aussuchen 12 Stück 20 Pf.
Tassen in Zwiebelmuster-Dekor. mit Untertassen 18 Pf.
Porzellan-Kaffee-Tassen indisch blau Paar 28 Pf.
Kaffeekannen für 6-8 Tassen, zum Aussuchen 68 Pf.
Teekannen weiß Stück 45 Pf.

Teller flach u. Dessert, zum Aussuchen Stück **5 Pf.**

Milchtöpfe Porzellan, dekor. Satz (3 Stück) 48 Pf.
Kinderbecher zum Aussuchen 10 Pf.
Kartoffelschüsseln ohne Deckel Stück 25 Pf.
Bierbecher 2/10 Liter Dutzend 95 Pf.
Blumentöpfe elfenbeinfarbig, mit Karodekor. Stück 75 Pf.
Gußeiserne Schmortöpfe Stück 1.75 und 1.25 Mk.

Ein Gaskocher 2 Flammen Stück **6⁵⁰ Mk.**

Petroleumkocher 2 Flammen **2.90 Mk.**, 1 Flamme **1.90 Mk.**
Amerikanische Wäscheklammern 3 Dutzend 20 Pf.
Klosettpapierhalter mit Lampe, Spiegel u. Feuerzeug 95 Pf.
Bohnerwachs la. ca. 1 Pfund-Dose 65 Pf.
1 Zeitungshalter mit Einteilung für 6 Tage 75 Pf.
Ein Posten Deckelkörbe zum Aussuchen Stück 1.95 Mk.

Ess-Service moderne Dekors, 23teilig **5⁵⁰ Mk.**

Im Erfrischungsraum: Eine Tasse Kaffee oder Schokolade mit Kuchen 10 Pfennig.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 219.

Freitag, den 18. September 1908.

15. Jahrg.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksbote.“

4. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

C. B. Nürnberg, den 17. September 1908.

Vorsitzender Singer eröffnet die heutige Sitzung kurz nach 9 Uhr. Die Verhandlungen über die Budgetfrage werden fortgesetzt.

Frohme-Altona begründet folgenden Antrag: Der Parteitag bestatigt von neuem die Resolution des Lübecker Parteitages. Er beschließt, um Streitigkeiten über eine evtl. aus zwingenden Gründen notwendig erscheinende Zustimmung zu einem Budget zu vermeiden, daß sich die Fraktionen in den einzelnen Teilen darüber zunächst mit ihren Landesvorständen und dem Parteitag zu verständigen haben. — Unsere Resolution geht von der Ansicht aus, daß aus den verschiedensten Gründen die Resolution des Parteivorstandes nicht angenommen werden kann. Wir halten es auch für höchst bedenklich, der Lübecker Resolution irgend eine Verschärfung zu geben und unseren süddeutschen Genossen einen Tadel auszusprechen. Man mag kritisieren, aber man darf große Landmannschaften nicht formell tadeln. Die Lübecker Resolution reicht vollkommen aus, um die Grundlage abzugeben für eine den Parteinteressen entsprechende Regelung der Budgetfrage. (Sehr richtig!) Mit vollem Nachdruck und äußerster Entschiedenheit nehme ich das Zuerkenntnis in Anspruch, daß unsere süddeutschen Genossen in der besten und rechtschaffensten Weise so gehandelt haben, wie sie es getan haben. (Beifall.) Deshalb soll man sie nicht mit einem Obium belasten, das ihr Ansehen in der Wählerschaft zu erschüttern geeignet ist. Wenn schon in der Zustimmung zum Budget eine Abschwächung der Klassenkampftheorie liegen soll, dann sei man großzügig so konsequent und verwirfe den Parlamentarismus überhaupt. (Sehr richtig!) Die Gründe der Süddeutschen waren mindestens so zwingend, wie der Gothaer. Man sollte jetzt, wo sich zum erstenmal eine Differenz über die Auslegung der Lübecker Resolution ergibt, nicht gleich mit Verschärfungen kommen, sondern Kautelen schaffen, die dem Geist und der Tendenz der Lübecker Resolution entsprechen. So lange ich reden kann, werde ich jedem Versuch, die Partei durch unnütze aufregende Diskussionen zu schädigen, mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten, denn ich meine, wir hätten in 40jähriger Parteigeschichte genug lernen können. (Beifall.)

Geck-Offenburg: Ich bitte den Antrag Frohme abzu-
leihen und den Antrag des Vorstandes und der Kontroll-
kommission anzunehmen, der die richtige Lösung im beider-
seitigen und allgemeinen Interesse bringt. Man hat auf
Geck Bezug genommen. Die Überzeugung Erbars in
allen Ehren und ich will zugeben, daß er der Resolution des
Vorstandes vielleicht nicht zugestimmt hätte. Aber er hätte
anerkannt, daß diese Resolution getragen ist von der wohl-
meinendsten und ehrlichsten Absicht (Widerpruch), daß sie
hergestellt ist von Parteigenossen, die Jahrzehnte in der Be-
wegung stehen. Ich erkläre hier im Auftrage der Kontroll-
kommission — und Sie werden hoffentlich meinem Wort
noch glauben (Mein. Zuruf: Ihrem nicht). — daß uns
jedem Mißtrauen fern lag, daß aber die Interpretation,
die Sie der Lübecker Resolution gegeben haben, eine falsche
und gewaltsame ist. (Sehr richtig.) Sie waren, bereits ehe
diese Resolution dem Haupte der Gothaer (Lachen) ent-
sprungen war, mit Ihrem Urteil fertig. Der Karlsruher
„Volksfreund“ hat schon am Sonnabend geschrieben, daß die
Süddeutschen unmöglich einer Resolution zustimmen könnten,
die die Zustimmung zum Finanzgesetz für unvereinbar
mit den Grundsätzen der Partei erklärt. (Hört, hört!)
Sichhorn hat schon ausgeführt, weshalb wir in Baden nicht
für das Budget stimmen durften. Auch wir wollten die Re-
gierung in den Anklagezustand versetzen, weil sie einen Ver-
fassungbruch begangen hatte. (Hört, hört!) Wir haben
davon nur Abstand genommen, weil die bürgerlichen Par-
teien uns doch im Stich gelassen hätten. Dafür wollten
wir der Regierung beim Finanzgesetz unser Mißtrauen zum
Ausdruck bringen. (Hört, hört!) Es ist aber anders ge-
kommen. Die babilische Regierung soll auch die Elek-
trizitätssteuer bereits anerkannt haben. Wir haben Sie
darauf im Landtage zur Rede gestellt und sie hat sich hinter
das Schweigegebot verschängt. (Hört, hört!) Weiter: Es
besteht heute noch in Baden ein Rest der Maigesetze. Als
wir Ihre Aufhebung beantragten, erklärte Kolb, da mache
er nicht mit, und er verließ den Saal. (Hört, hört!) Auf
dem Gebiet der Steuerpolitik hat die Mehrheit der Fraktion
ebenfalls die sozialpolitischen Grundzüge verlassen und einem
System der Anleihe- und Schuldenpolitik zugestimmt. (Zu-
ruf: Sie ja auch.) Ich mußte mich der Majorität fügen.
Der Clou der ganzen Budgetfrage ist die Erhöhung der
Beamtengehälter und Arbeiterlöhne. Aber gerade die
unteren Beamten kommen am schlechtesten weg. (Hört,
hört!) Es handelt sich um einen Kampf gegen eine organi-
sierte Fronde, eine Los von Norddeutschlandbewegung,
die bei uns inszeniert werden soll. Diesen Kampf müssen
wir durchkämpfen. (Lebh. Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Ich habe in 39jähriger Partei-
tätigkeit die Erfahrung gemacht, daß zu gewissen Zeiten
immer eine Streitfrage auftaucht, bei der wir uns erheben
und bei der wir uns nachher sagen: es war doch gar nicht
nötig, daß wir uns die Köpfe abschnitten. (Sehr richtig!)
Ich konstatiere, daß die Berliner das beste für die Partei
wollen. Aber sie sind in diesem Fall weit über das Ziel
hinausgeschossen. Sie haben uns Motive unterschoben, die
nicht vorhanden waren, und sie haben einen Ton ange-
schlagen, der uns ja allen bekannt ist. (Heiterkeit.) Die
Berliner sehen eine Prinzipienfrage immer da, wo gar keine
ist, wo es sich um eine Frage der Taktik handelt. So ist es
auch heute. Ich wundere mich, daß Geck in eine prinzipielle
Aufregung geraten ist. (Heiterkeit.) Derselbe hat in Frank-
furt a. M. 1894 einen Antrag unterschrieben, der besagt, daß
die Frage der Bewilligung des Budgets in den Einzelland-
tagen eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist. (Zuruf: Tamm!)
Ich weiß, daß Tamm 1894 ein Gegner der Budgetbewilli-
gung war. Er hat uns aber selbst gesagt, daß er damals
die Verhältnisse nicht kannte. Wir dessen sollen heute ja
nicht verbrannt werden. Wir haben in diesem Jahre das
Budget nicht nur verworfen, sondern wir haben dem Mini-
sterium ausdrücklich unser Mißtrauen zum Ausdruck gebracht.
(Bravo!) Trotzdem erkläre ich, daß wir uns völlig soli-
darisch fühlen mit den Württembergern, Badenern und

Bayern. (Bravo!) Das tun wir gerade, weil wir wissen,
daß es den einzelnen Fraktionen überlassen bleiben muß, zu
entscheiden, wie sie sich verhalten wollen. (Sehr richtig!)
Wir bestreiten dem Parteitag nicht das Recht der Kritik,
auch nicht das Recht, Beschlüsse zu fassen. Wogegen wir
uns wehren, ist, daß wir hier auf alle Zeiten festgelegt wer-
den sollen. (Sehr richtig!)

Westmeyer-Stuttgart: Nach den Ausführungen
Hildenbrands konnte es scheinen, als ob die Parteigenossen
Württembergers geschlossen hinter der Landtagsfraktion stehen.
Das ist aber ein Irrtum. (Hört, hört!) Auf dem Landes-
parteitag ist eine Tadelresolution nur deshalb nicht ange-
nommen worden, weil Hildenbrand erklärt hat, er würde
dann das Mandat niederlegen. (Hört, hört!) Er wurde von
den anderen Abgeordneten unterstützt. Nach meiner Ansicht
muß den Parteigenossen stets das Recht zustehen, an der Ab-
stimmung der Parlamentarier Kritik zu üben. (Lebhafter
Beifall.) Die Parlamentarier stehen doch nicht etwa über
der Partei. (Sehr gut! Zurufe.) Sie können mich durch
Ihre noch so schön organisierten Zwischenrufe nicht aus dem
Konzept bringen. Man kann es verstehen, wenn die würt-
tembergischen Genossen, die 3 Wahlkämpfe hinter sich hatten,
sich nicht erneut den Mühen eines Wahlkampfes unterziehen
wollten und auf dem Mißtrauensvotum nicht bestanden. Es
hat niemand das Recht, hier zu sagen, die württembergischen
Genossen seien für die Budgetbewilligung. Frank, Tamm und
Hildenbrand sind vor den Parteitag getreten und haben gesagt:
Wenn Ihr das nicht beschließt, was wir wollen, dann geschieht
ein Unglück. Das ist eine Art, die demokratisch nicht mehr
genannt werden kann. In trübseligen Beteuerungen und
Erklärungen hat man uns gebeten, die Partei nicht zu zer-
zieren (Unruhe), als ob wir das je gewollt hätten! Man hat
uns erzählt, was alles in Süddeutschland erreicht sei. Und
doch liegen auch in Süddeutschland tausend und abertausend
Arbeiter auf dem Pflaster! (Lebh. Beifall.) Das ist die
staatsbürgerliche Gleichberechtigung. (Sehr wahr!) Noch nie
hat der Machtkittel der Unternehmer, der Terror solche
Blüten gezeitigt wie gerade jetzt. (Sehr richtig!) Man hat
neben diesem Parteitag einen Süddeutschen Parteitag kon-
stituiert, aber nur die Freunde der Budgetbewilligung ein-
geladen. (Hört, hört.) Auch wir wollen Klarheit und des-
halb beantrage ich, daß der Parteitag die Zustimmung der
sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Süddeutschland
zum Budget ausdrücklich billigt. Unterstützen Sie bitte diesen
Antrag, lehnen Sie ihn aber nachher mit großer Majorität ab.
(Beifall und Unruhe.)

Singer bittet im Interesse der 95 Redner die Zeit
nicht durch Unterbrechungen zu verkürzen.

Dr. Weill-Nürnberg: Der Grundton aller Reden
über die Budgetbewilligung läßt sich in dem Satz zusam-
menfassen, der auch in der Vorstandsresolution Ausdruck ge-
funden hat: Wir dürfen dem Klassenstaat kein Vertrauens-
votum aussprechen. Die Budgetbewilligung braucht aber
kein Vertrauensvotum zu sein, nicht einmal eine Demon-
stration wie Beispiele von Berlin und Sachsen zeigen. Wie
soll man einen Vergleichsmaßstab finden zwischen zwei
Budgets. Die Resolution bedeutet die Proklamation des
Grundgesetzes, daß man in der Minderheit anders stimmen
soll als in der Mehrheit. Die politische Ehrlichkeit dieses
Grundgesetzes will ich nicht erörtern. Er bedeutet aber die
Disziplinierung unserer ganzen parlamentarischen Tätigkeit
und Abgeordneten, denn es kann Ihnen mit der Resolution
jederzeit nachgewiesen werden, daß Sie nur weil Sie in der
Minderheit sind ablehnten. Der Fall wäre ja auch nicht
unmöglich, daß die Gegner uns den Streich spielten, es
mit der von uns in Wirklichkeit gar nicht ernst gemeinten
Ablehnung Ernst zu machen. (Zuruf: Sehr gut, Wider-
spruch.) Unser Vorgehen war eine demokratische Demon-
stration gegen den preußischen Junkerstaat. (Beifall.)

Frau Klara Jettin-Stuttgart: Als ich gestern die
Rechtfertigungsreden hörte, konnte ich mich des Eindruckes
nicht erwehren, daß es eine Neuaufgabe der Frankfurter Ver-
handlungen sei. Alle drei Redner sprachen von dem lieben
guten aber schlecht informierten Parteivorstand, der der Ge-
sangene der Berliner ist, der durch Zwischenträger schlecht
informiert werde. Ich protestiere gegen diese Auffassung,
daß unser Parteivorstand ein einflussreiches, unfähiges
Organ ist, daß er nicht selbständig und urteilsfähig ist.
(Sturm. Beif.) Wer sind die Zwischenträger? Heraus mit
den Fledermäusen! (Sturm. Beif.) Wenn Ihr wißt,
daß solche Zuträger existieren, dann ist es eure Parteipflicht,
sie zu nennen. (Sturm. Beif.) Aber kommt nicht mit so all-
gemeinen Verdächtigungen. (Sturm. Beif.) Ich protestiere,
daß in der Partei verantwortliche und unverantwortliche Trä-
ger der Bewegung vorhanden sind. Ich protestiere dagegen,
daß verantwortliche Träger lediglich in den Parteibeamten
und Abgeordneten zu suchen sind. (Wiederholter Beifall.)
Ich bestreite, daß mit dem Mandat der Vorstand wächst.
(Heiterkeit und Beifall.) Diejenigen, welche immer nach
einer Revision des Parteiprogramms und der Taktik rufen,
bilden die historische Fortsetzung der Berliner Jugendbewe-
gung, nur nach der anderen Richtung, beide fußen auf der
historisch falschen Einschätzung des Parlamentarismus.
Früher überschätzte man die Kraft der Lungen, glaubte den
Klassenstaat mit Postamenten umfärzen zu können
(Heiterkeit), heute überschätzt man den Parlamentarismus,
legt wohl gar Hoffnungen auf das Entgegenkommen und
Wohlwollen der bürgerlichen Klassen. (Sehr gut! Wider-
spruch.) Keiner ist unter uns, der nicht die parlamentarische
Arbeit würdigt. Sozialpolitik ist gewiß wichtig, aber es ist
eine falsche Auffassung zu nennen, daß man durch Sozial-
politik allein zum Endziel gelangen kann. Die Abstimmung
zum Budget hat die Bedeutung eines Bekenntnisses, daß die
Sozialdemokratie im Gegensatz zum Klassenstaat steht. Auch
die taktischen Fragen müssen prinzipiell gelöst werden. (Zu-
ruf Davids.) Was die Parteigenossen im ganzen Lande er-
regt hat, war die Empfindung, daß sie vor eine vollendete
Tatsache gestellt werden sollten. Niemand wird den Genossen
den guten Glauben absprechen, daß sie geglaubt haben, in
Übereinstimmung mit der Lübecker Resolution zu handeln.
Aber alle Gründe, die sie für ihre Abstimmung anführen,
bewegen sich im Widerspruch zur Lübecker Resolution. (Zu-
ruf: Bravo!) Ich bin nicht der Kommissar des Genossen
Voss, überlassen Sie es ihm nur selbst. (Heiterkeit.)
Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, klipp und klar Resolu-
tionen zu fassen, die sich nicht wie Kautschuk dehnen lassen.
(Sturm. Beifall.) Diesem Bedürfnis entspricht die Resolu-
tion des Vorstandes, in der auch nicht ein verlegendes Wort
steht. (Widerpruch und Beifall.) Verwahrung müssen wir
auch einlegen, daß dem Parteitag von den süddeutschen Ge-
nossen die Pistole auf die Brust gesetzt wird und hier gefagt
wird: entweder — oder! (Sturm. Beifall und Widerspruch.)
Auch den toten Auer sollten sie in Ruhe lassen. Diesen

toten Auer können sie nicht auf den dürren Klepper ihrer
Argumente setzen. (Heiterkeit und Beifall.) Auer hat stets
die Einheit der Partei über alles gestellt. Diese Einheit
muß aber fußen auf dem sozialdemokratischen Programme
und im Rahmen der Parteidisziplin. (Stürmischer
Beifall.)

Singer verliest den Antrag Westmeyer: „Der
Parteitag billigt ausdrücklich die Zustimmung der Landtags-
abgeordneten von Bayern, Baden und Württemberg zum
Budget.“ (Große Unruhe. Rufe: Skandal! Fischer: Macht
doch den Parteitag nicht zum Akt!)

Der Antrag erhält ausreichende Unterstützung.

Quart-Frankfurt a. M.: Die süddeutschen Genossen
haben ihre Stellung, dadurch erschwert, daß sie das Budget
Ministerien bewilligt haben, die sie in der Agitation außer-
halb des Parlaments bekämpfen. (Sehr richtig!) Es ist
aber nicht wahr, daß die Budgetfrage eine grundsätzliche ist.
Im Klassenkampf kann auch die Budgetbewilligung unter
Umständen als Waffe dienen. Damit fällt aber die Vor-
standsresolution, das zeigt das Beispiel von Gotha und
Pfeffen. Diese praktischen Erfahrungen sollten auch die nord-
deutschen Genossen zu würdigen lernen. Die Resolution
Frohme hat den Vorzug der Folgerichtigkeit und Klarheit.
Sie zeigt den Weg, in Zukunft Differenzen schon im Keime
zu erledigen. Auch der Parteivorstand verdient Tadel. Er
hätte sich auf die Eisenbahn setzen und nach Karlsruhe fahren
sollen. (Zurufe.) Das macht jede Gewerkschaft so. Die
Resolution Frohme setzt derartige Verständigung voraus.
Wir dürfen die Süddeutschen nicht schütteln und Bock und
die anderen laufen lassen, der auch seine Pflicht nicht getan
hat. (Widerpruch und Beifall.)

Dr. Lenich-Leipzig: Auch bei dieser prinzipiellen De-
batte klingt das alte Lied des revisionistischen Leierkastens
heraus: Wer das Lied nicht weiter kann, fängt auf die
„Leipziger Volkszeitung“ zu schimpfen an. (Heiterk.) Die
Entrüstung gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ist in Süd-
deutschland systematisch organisiert worden. (Hört, hört!
Widerspruch.) Man hat in den entlegensten Orten, wo man
die Blätter nie zu Gesicht bekommen hatte, Entrüstungs-
resolutionen gegen „Vorwärts“ und „Leipziger Volksztg.“
angenommen. (Ruf: Schrecklich! Unruhe.) Auch Genosse
Hildenbrand hat in seinen Ausführungen durch den Ausdruck,
über den er sich entrüstete, bewiesen, daß er die „Leipziger
Volksztg.“ nicht gelesen hatte. Der Ausdruck lautet: „Den
Kretinismus mit glühendem Eisen auszubrennen, muß Auf-
gabe des Parteitages sein.“ Genosse Hildenbrand hat ge-
sagt, die „Leipziger Volksztg.“ spucke jeden anständigen Ge-
nossen an. Nun, den Genossen Hildenbrand hat die „Leip-
ziger Volksztg.“ noch nicht angespuckt. Ich will es dem Genossen
Hildenbrand überlassen, ob er sich noch weiter zu den an-
ständigen Genossen zählen will. (Heiterkeit und Unruhe.)
Die „Leipziger Volkszeitung“ hat den Ausdruck bayerischer
Diesel gebraucht. Da hat man erst im Legiton nachgesehen
und gefunden, daß der bayerische Hiesel ein Nordbrenner
war. Da hat man dann in den Volksversammlungen ge-
schrien: Seht, die „Leipziger Volkszeitung“ nennt die alten
bewährten Parteigenossen Nordbrenner. Da kann man dann
billig wie Brombeeren Entrüstungsresolutionen anbringen.
Sie können sich denken, welchen Eindruck diese Sechsdreier-
Entrüstung auf mich macht. Mir persönlich können Sie ja
gar keine bessere Empfehlung nach Leipzig heimgen, als
dieses revisionistische Schimpfen auf die „Leipziger Volks-
zeitung“, ohne daß ich glauben würde, die Pflicht verlegt zu
haben. (Sehr gut! Lachen.) Tamm gebe ich recht: dieser
Parteiaufreißer ist frivol heraufbeschworen — aber von den
Süddeutschen. (Stürmischer Beifall, heftiger Widerspruch,
Zuruf: Jawohl, ganz frivol heraufbeschworen!) Segitz hat
ja gewarnt und die Auseinandersetzungen voraus gesehen.
(Ruf: Den Krakeel!) Jawohl, den Parteiaufreißer! Sie haben
ihn kommen sehen und nicht verhindert. (Dr. David: Und
Ihr habt ihn gemacht!) Wenn die Süddeutschen hätten
loyal handeln wollen, hätten sie für die Aufhebung der Lü-
becker Resolution wirken müssen. (Sehr wahr!) Nun soll der
Parteitag terrorisiert werden durch die Drohung mit der
Spaltung. (Widerspruch und Zustimmung.) Wenn wir
jetzt hier nachgeben und die Resolution Frohme annehmen, be-
schweren wir erst den Parteivorstand herauf. Wir stehen erst
am Anfang. (Beifall und Widerspruch.)

Weiß-Marktredwitz: Die Genossen in meinem Bezirk
sind mit unseren Abgeordneten völlig solidarisch. Die Reso-
lution Westmeyer ist eine Verhöhnung der süddeutschen De-
legierten und des ganzen Parteitages. In der Vorstands-
resolution liegt ein Mißtrauensvotum, das wir nicht
annehmen können. Der Vorsitzende hätte den Antrag
Westmeyer garnicht vorlesen und zur Unterstützung stellen
sollen.

Vorsitzender Singer: Wie ich persönlich über den An-
trag denke, darüber habe ich dem Genossen Westmeyer keinen
Zweifel gelassen. Als Vorsitzender muß ich aber unparteiisch
sein und jedem Delegierten sein Recht lassen. (Zustimmung.)
Im übrigen kann ich mitteilen, daß der Antrag Westmeyer
zurückgezogen ist.

Dr. David (zur Geschäftsordnung): Es wäre keine
Verletzung der demokratischen Grundzüge, wenn ein Antrag,
dem es an der Stirn geschrieben steht, daß er
eine Verhöhnung bedeutet, vom Vorsitzenden zurückgewiesen
wird.

Vorsitzender Singer: Ich lehne es ab, mich über
den Parteitag und über die Geschäftsordnung zu stellen.
(Beifall.)

Zubeil: Die Behauptung Hildenbrands, daß die Ber-
liner Stadtverordneten dem Etat zugestimmt haben, ist un-
wahr. (Zuruf: Ihr habt nicht dagegen gestimmt.) Bogtner
hat 1892 ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß die Fra-
ktion gegen den Etat stimmt. (Zuruf: Seitdem aber nicht mehr.)
Die Abstimmung ist nur positiv möglich, deshalb haben wir
bei der Abstimmung selbst gar keine Möglichkeit, uns anders
zu verhalten. Man hat sich über den Ton der Berliner be-
schwert. Die Süddeutschen mögen sich gratulieren, daß Tamm
nicht mehr in Berlin ist, er wäre ihr größter Venter. Frank
mag sich gratulieren, daß er nicht von dem Berliner Tamm
gerichtet wurde, weil er am Leichenbegängnis des babilischen
Großherzogs teilgenommen hat. (Heiterkeit.) Er wäre von
ihm gehenkt worden, wie die Genossen gehenkt worden sind,
die den Oberbürgermeister Jordanbeck zu Grabe getragen
haben. (Erneute Heiterkeit.) Wir Berliner stimmen ge-
schlossen für die Vorstandsresolution. Der „Vorwärts“ mag
scharfe Worte geschrieben haben, er hat aber die Nord-
deutschen auch mit den Äußerungen der Süddeutschen bekant
gemacht. Das haben Sie in Süddeutschland nicht getan und
nur deshalb haben Sie in den Parteiversammlungen Ver-
trauensvoten erhalten. (Widerpruch bei den Süddeutschen.)
Sie haben uns gestern zugerufen: Die Vorstandsresolution

sei für Sie unannehmbar. Nun gut, tragen Sie die Konsequenzen, wir gehen keinen Schritt zurück. (Beifall.)
Engler: Freiburg: Gest ist zur Stuttgarter Konferenz eingeladen worden, aber er ist nicht hingegangen. Er macht das ja immer so. Erst geht er der Entscheidung aus dem Wege und dann kritisiert er. Er hat auch den Vorstand ganz falsch informiert. Er ist auch derjenige gewesen, der für den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ die treführenden Berichte geschrieben hat. Darüber wird auf dem Landesparteitag noch ein ernstes Wort geredet werden. Die Vorstandskresolution wäre für mich auch unannehmbar, wenn ich das Budget nicht bewilligt hätte. Denn wir müssen unseren Abgeordneten eine gewisse Freiheit lassen. Der Vorwurf, wir trieben bürgerliche Politik, ist eine Beleidigung, wir treiben nur reine Arbeiterpolitik. Nach Zubeil brauchen die Parlamente nur positive Abstimmung über das Gesamtbudget zuzulassen, dann könnte der Klassenstaat von uns durch Budgetverweigerung überhaupt nicht erschüttert werden.

Merkel-Mürnberg: Was über die Schreibweise des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gesagt ist, unterschreibe ich. Aber wenn die „Münchener Post“ in gleicher Weise geantwortet hat, so war das auch unredlich. In der Sache müssen wir einen Mittelweg finden. Gestern ist von den süddeutschen Fraktionsrednern zu unverständlich gesprochen worden. Wenn der zweite Teil unseres Programms erfüllt wäre, dann ließe sich über die Zustimmung zum Budget reden. Jetzt nicht.

Rauch-Hannover: Ich habe für die 11 Delegierten unseres Agitationsbezirks eine Erklärung abzugeben. Aus den Darlegungen der Genossen Frank, Limm, Hübnerbrandt haben wir die Überzeugung gewonnen, daß ihre Abstimmung im Bewußtsein erfolgt ist, im Sinne der Lübecker Resolution zu handeln. (Bravo!) Wir sind überzeugt, daß ein Disziplinbruch nicht erfolgt ist. Deshalb lehnen wir die Vorstandskresolution ab. (Beifall und Zurufe.) Wir lehnen sie aber auch ab, weil sie einen Tadel enthält und weil ihre Annahme eine Spaltung befürchten läßt (heftiger Widerspruch), die unheilvolle Folgen für die Arbeiterbewegung haben würde. Wir wollen das mühevoll Erungene nicht gefährden und den Genossen draußen nicht die Lust an der Mitarbeit vereiteln. (Beifall.) Ebenso lehnen wir die Resolution Schöpfkin und jede Verschärfung der Lübecker Resolution ab. Die Art der Polemik, wie sie von einigen norddeutschen Blättern geführt worden ist (Unterbrechungen), verurteilen wir auf das allerentschiedenste. (Große Unruhe. Rufe: Und die Süddeutschen?) Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß die von den Genossen vorgebrachten Gründe genau der Lübecker Resolution entsprechen. Bisher ist noch niemand genannt worden, der bereit wäre, dem Klassenstaat Konzessionen zu machen. Die Resolution empfiehlt eine Politik der Unaufrichtigkeit. (Beifall.) Es muß auch ohne Resolutionen gehen. Man muß den Genossen doch die Fähigkeit zutrauen, nach eigenem Ermessen und bester Fähigkeit zu handeln. Wenn Fehler begangen werden, kann man sie auch ohne Resolution durch Aussprache ausgleichen. Eine Dummheit macht jeder mal. (Rufe: Sehr richtig! Sie sollen es aber eingestehen!) Die Resolution hemmt die Aktionsfähigkeit. Es ist außerordentlich leicht, eine von Radikalismus triefende Rede zu halten, (Große Unruhe.) aber — entschuldigen Sie den Ausdruck — es ist nicht jeder gemessenlos genug dazu. (Großer Lärm. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Wenn diese Worte auf eine hier gehaltene Rede gemünzt sind, müßte ich den Redner zur Ordnung rufen. (Erregte Rufe: Jetzt knieft er! Unruhe.)

Rauch: In bezug auf die Rede Westmeyers muß ich sagen, daß es leicht ist radikal zu sein, aber ich habe ein Flugblatt gesehen in dem nicht ein Wort vom Parteiprogramm enthalten war. (Erneute Unruhe.)

Singer: Entweder nehmen Sie den Ausdruck zurück oder wenn Sie den Gen. Westmeyer gemeint haben sollten, weise ich es zurück. (Beifall.)

Rauch (fortfahrend): Es besteht der Verdacht, daß einzelne Genossen darauf ausgehen, den der Mehrheit nicht genehmen Genossen den Stuhl vor die Türe zu setzen. (Widerpruch.) Hinter den Süddeutschen stehen auch sehr viele Norddeutsche. (Beifall.) Den Beschlüssen werde ich mich fügen, eingedenk der Worte Bebel's: Die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen. Auch Resolutionen halten die Entwicklung nicht auf. (Beifall und Unruhe.)

Rosa Luxemburg: Seit Jahren haben wir auf unseren Parteitagen lebhaft Auseinandersetzungen über die Grundzüge unserer Bewegung mit den sogenannten Revisionisten. Aber noch nie hat sich mit solcher Schärfe und Deutlichkeit gezeigt, wohin die Partei steuert, wenn sie dieser Richtung nachgeben würde. Denn heute handelt es sich nicht mehr um theoretische Fragen, sondern um eine Frage des politischen Handelns, um eine wesentlich wichtige Frage unserer Praxis. Man sagt, entweder man solle auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung arbeiten oder die Konsequenz ziehen und zu den Anarchisten gehen. Daß es eine Politik gibt, die ebenso weit entfernt ist von einer bürgerlichen Reformpolitik wie vom Anarchismus, daß es eine sozialdemokratische Klassenpolitik gibt, scheinen die süddeutschen Parlamentarier vermissen zu haben. (Sehr gut!) Diese Klassenpolitik hat die Aufgabe, durch regelmäßige Ablehnung des Budgets ihre Feindschaft zum bestehenden Staat zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)
Darauf lauten Limm's und Frank's Ausführungen hinaus? Auf eine Glorifizierung der Laten des Zentrums und der fortschrittlichen Genossenschaft sächsischer Minister. (Sehr gut!) Die beiden Reden werden wir im nächsten Wahlkampf in den Kreisblättern und den Flugblättern der Gegner wiederhaben. (Sehr wahr!) Weil den badiischen Arbeitern ein Teil

dessen, was ihnen der Hungertarif nimmt, zurückerstattet wird, weil auf den Bahnhöfen unsere Parteiblätter verkauft werden, deshalb soll Baden auf dem Wege zur staatsbürgerlichen Gleichheit sein! (Sehr gut!) Die Politik der Diplomatie und staatsmännischen Klugheit ist von jeher die Schule der Weisheit gewesen. (Sehr gut!) Den Anfang dieser Weisheit sehen wir jetzt in Süddeutschland, das Ende als Blockpolitik im Reich. (Großer Beifall.) Frank hat den großen Schatten Kassa's heraufbeschworen. Nun, Kassa hat das Wort von der verdamnten Bedürfnislosigkeit der Masse geprägt. Nicht das sollten wir den Massen erzählen, was sie bekommen haben, sondern ihnen das vorhalten, um was sie betrogen werden. (Sturm. Beifall.) Wir müssen den Massen sagen, daß das, was sie bekommen, nur eine erbärmliche Abschlagszahlung, ein erbärmliches Trinkgeld ist. (Gr. Beifall.) Nicht durch kleinliche Konzessionen erreichen wir etwas, sondern nur durch rücksichtslosen Kampf. (Beifall.) Die Unmöglichkeit der Partei darf keine Außenwirkung sein, sie muß im Innern, im Handeln gewahrt sein. (Sehr wahr!) Deshalb haben wir heute allen Anlaß, jener, den politischen und organisatorischen Ruin der Partei bringenden Richtung zuzurufen: bis hierher und nicht weiter! (Sturm. Beifall. Unruhe.)

Güé-Darmstadt: Ich bitte Sie, den Antrag des Vorstandes abzulehnen und den Antrag unseres alten Frohne anzunehmen. Die deutsche Arbeiterchaft wird einst den Schleswig-Holsteinern danken, daß sie sich in dieser kritischen Situation den kühlen Kopf bewahrt haben. (Beifall.) Vor zwei Jahren versuchte man die Gewerkschaftsführer den Massen zu entfremden, heute die Parlamentarier. (Unruhe.) Die Frage der Budgetbewilligung ist schon deshalb keine Prinzipienfrage für uns, weil auch eine bürgerliche Partei in Deutschland, die Wollen, wegen ihrer Behandlung des Budgets verweigert. Sie ist aber auch deswegen keine Prinzipienfrage, weil Singer und Bebel wiederholt erklärt haben, bei einer anderen Art der Aufbringung der Mittel würden wir mit uns reden lassen. Wir hätten eine ganz andere Grundlage für unsere Debatte, wenn die Auseinandersetzungen in der Presse so ruhig und sachlich gewesen wären wie die Rede Bebel's. (Sehr richtig!) Ich stehe im Kampf mit der Schwerindustrie, mit den gewaltigen Industrieherrn. Wie sollte ich da besonders geneigt sein, der bürgerlichen Gesellschaft Konzessionen zu machen! Wenn es irgendwo eine glänzende Rechtfertigung der Marx'schen Lehre von der Konzentration des Kapitals gibt, dann in der deutschen Eisen- und Hüttenindustrie. Die Partei, die am rücksichtslossten den Kampf gegen diese Industrie führt, ist die Sozialdemokratische Partei und deshalb bin ich als Gewerkschaftler Sozialdemokrat. Als solcher aber habe ich das größte Interesse daran, daß die organisatorische Einheit der Partei nicht zerfällt. Man gehe hinaus, man besuche nur einmal die Nürnberger Herberge zur Heimat, sehe sich das Massenelend und die große Arbeitslosigkeit an, dann wird man zu der Überzeugung kommen, daß wir hier Besseres hätten tun können, als die kostbare Zeit des Parteitags mit diesem Parteistreit zu verrödeln. (Großer Beifall.) Es wäre besser gewesen, man hätte Molkenbühr das Wort zu seinem Vortrag über die Sozialpolitik erteilt. (Sehr wahr!) Wir sollten schnell, so schnell wie nur möglich handeln, um das wachsende Elend der breiten Massen zu mildern. Die Genossen von der Theorie müßte ich wirklich bitten, die Theorie nicht zu überschätzen, die Praxis ist allemal anders. (Sehr wahr!) 5000 unserer Kameraden im Ruhrrevier sind auf die schwarzen Listen gesetzt worden. Also betreiben wir uns von diesen Streiktheorien und arbeiten wir praktisch und schnell für die Arbeiterchaft. (Beifall.)

Bock-Gotha: Wenn wir Gothaer, was die Süddeutschen mehrfach verlangt haben, in die Resolution des Vorstandes aufgenommen werden sollten, so haben wir nichts dagegen. Es ist richtig, wir haben dem Etat einmal zugestimmt. (Zuruf: Na also!) Aber bei uns liegen die Verhältnisse wesentlich anders als in Süddeutschland. Bei uns handelte es sich um eine Frage, die für unser kleines Herzogtum von größter Wichtigkeit war, um einen Domänenankauf vom Hof-Aidekommissar der unserem Lande einen Vorteil von 20 Millionen Mark bringen sollte. Bei den Verhandlungen über diesen Ankauf erklärte unser Minister Gentig, daß 80 Prozent der Bauern keinen Nutzen von den Getreideböden hätten. (Hört, hört!) Deshalb wollten die Agrarier diesen Minister stürzen. Da nun mit dem Minister auch der Domänenankauf gefallen wäre, an dem uns so viel lag, haben wir den Minister gestürzt, weil er nicht seiner Person wegen. Unsere Abstimmung unterscheidet sich aber auch aus anderen Gründen von den Abstimmungen der Süddeutschen. Keiner von uns hat je daran gedacht, die Partei zu frondieren. (Zuruf: Wir auch nicht.) Als nach der badiischen auch die bayerische Fraktion demonstrativ für das Budget stimmte, hatten wir den Eindruck, als ob ihr es auf eine Brückierung der Partei abgesehen hätte. (Sehr wahr!) Für 22 thüringische Landtagsabgeordnete kann ich erklären, daß wir auf dem Boden der Vorstandskresolution stehen. (Beifall.) Ich übrige: wenn der Parteitag etwas beschließt, dann haben sich die Parteigenossen zu fügen. (Beifall.) Wir müssen den Gegnern nicht die Freude der Spaltung machen. Schon verdienere Genossen als die Süddeutschen haben sich Parteitagsschlüssen gefügt. Wenn die Parteigenossen im Süden so stolz auf ihre Errungenschaften sind und von „wertvollen“ Errungenschaften glauben sprechen zu können, dann müßten wir in Gotha dem Ministerium einen Fackelzug bringen. (Heiterkeit. Zuruf: Kommt noch!) Denn wir haben noch mehr erreicht. Arbeiterlöhne, Beamtengehälter sind erhöht worden, der staatliche Arbeitersekretär ist Sozialdemokrat usw. Aber sind das große Taten? Uns hindert die Lübecker Resolution in keiner Weise an der Arbeit für die Besserung der Lage der Arbeiterchaft. Die

süddeutschen Genossen bitte ich, sich dem Beschluß des Parteitages unterzuordnen. (Beifall.)

Dr. David-Mainz: Der Genosse Bock ist uns der Beweis dafür schuldig geblieben, daß die Budgetabstimmung in Gotha etwas anderes ist als die Abstimmung in Süddeutschland. Schon aus Gerechtigkeitsgefühl müßte er die Aufnahme Gothas in die Vorstandskresolution beantragen. Bock sagte, wir müßten uns fügen. 1895 auf dem Breslauer Parteitag aber hat Bock bei der Beratung des Agrarprogramms ebenfalls mit Mandatsniederlegung gedroht, falls ihm verboten werden sollte, die Mittel für die Landeskultur zu bewilligen. (Hört, hört! Zuruf: Aber er hat sich gefügt!) Nein, er hat Jahr für Jahr gegen den Breslauer Beschluß verstoßen. (Hört, hört!) Auch die Sachsen hätten so ehrlich sein und ihre Aufnahme in die Vorstandskresolution beantragen sollen. Und von dem, was wir über das Verhalten unserer Berliner Stadtverordneten gesagt haben, ist nichts widerlegt worden. Wenn so unsere Ankläger aussehen, dann muß es um ihre Sache schlecht stehen und hier werden in Wahrheit die Ankläger zu Angeklagten. (Geb. Zustimmung. Unruhe.) Die Stuttgarter Konferenz soll ein geheimes Komplott gewesen sein. Nur der Genosse Bock war zu ihr eingeladen. Galten Sie uns wirklich für so dumm, daß wir in Gegenwart des Genossen Bock, der Mitglied der Parteileitung ist, unsere geheimsten Verschwörungen beraten. (Heiterkeit. Sehr gut!) Wir wissen, daß die Budgetabstimmung eine wertvolle Waffe sein kann, um einer Regierung unser Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen. Wir halten sie sogar für so wertvoll, daß wir sie nicht zu einem reinen Demonstrationssubjekt mißbraucht wissen wollen. (Unruhe.) Höher als die Bindung an einen formalen Beschluß muß uns die Pflicht stehen, im Interesse der Partei zu handeln. Parteitagsschlüsse sind keine Evangelien, wie Singer sagte, und wir wollen keinen St. Paulus, der uns Evangelien predigt. (Beifall.) Eine Abstimmung über diese Frage bedeutet bei der Zusammensetzung des Parteitages eine Vergewaltigung. Die Frage ist durch Abstimmung nicht zu lösen, man überlasse sie daher den einzelnen Landesorganisationen. (Beifall.)

Lehmann-Mannheim: Frank hat die Zustände in Baden geradezu in rosigem Licht geschildert. Nun, auch bei uns werden die meisten Einnahmen durch indirekte Steuern aufgebracht, wir haben neben der Klasse noch eine Fleischerklasse. (Hört, hört!) auch die von uns beim Beamtengehalt gestellten Anträge auf Beseitigung der Möglichkeit, die Zulagen für politische Zwecke zu mißbrauchen, haben alle bürgerlichen Parteien abgelehnt. (Hört, hört!) Man sagt, wir in Baden bildeten das Jünglein an der Woge. Aber erst einmal lagen die politischen Verhältnisse so. Sonst gingen Zentrum und Nationalliberale immer zusammen. Ich könnte noch vieles erzählen, aber (Glockenzeichen) die Redezeit ist abgelaufen.

Die Mittagspause tritt ein.
Nachmittags wurde die Debatte fortgesetzt; zu Ende geführt wurde sie noch nicht.

Letzte Nachrichten.

Petersburg, 17. Sept. Ein Großfeuer äscherte gestern die Stadt Sterlitamak (Gouvernement Ufa) zur Hälfte ein. Ein Teil des Kasarplatzes, die Schulen und das Semstwogebäude wurden zerstört. — Innerhalb der letzten 24 Stunden bis heute mittag 12 Uhr sind 305 Personen an der Cholera erkrankt und 115 gestorben.

Stockholm, 17. September. Wie Svenska Telegrambrynan aus Helsingfors meldet, ist der englische Dampfer „Saxon“ von Brighton kommend, gestern in Sueffthäfen mit choleraverdächtigen Krankheitsfällen an Bord angekommen. Im Laufe der Nacht starb der Steuermann. Es liegt, wie festgestellt wurde, Cholera vor. Das Schiff geht morgen zur Quarantäne und Desinfektion nach Traungub, wohin auch die übrigen Kranken der Besatzung ins Cholerahospital gebracht werden. — Im Cholerahospital auf Hjortoe starb heute früh ein finnischer Seemann unter choleraverdächtigen Symptomen.

Paris, den 17. September. Aus Nizza wird gemeldet: Bei einer Zunnellprerung auf der im Bau befindlichen Bahnstrecke Nizza-Goni wurden durch vorzeitige Explosion einer Mine ein Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Newyork, 17. September. Der in San Franzisko eingetroffene Dampfer „City of Para“ bringt folgende Einzelheiten über ein gegen den Präsidenten Cabrera von Guatemala ausgeführtes Bombenattentat: Einestages wurde der Präsident an sein Privattelefon gerufen. Raum hatte er den Hörer an sein Ohr geführt, als der Draht eine Höllemaschine entzündete, die mit furchtbarem Knall explodierte. Cabrera wurde betäubt und arg zerschrammt an die Wand geschleudert. 5 Einwohner wurden als an der Verwundung beteiligt verhaftet und sollten hingerichtet werden; doch wurden sie im letzten Augenblick begnadigt und deportiert.

Newyork, 16. September. Bürger Cholera. Den letzten Berichten aus Manila zufolge sind während der letzten 48 Stunden 854 Cholerafälle festgestellt worden, in den letzten 20 Stunden waren 210 Todesfälle zu verzeichnen, darunter 14 in der Stadt selbst. Die Gesamtzahl der Cholerafälle für das letzte Jahr beläuft sich auf 16788 Erkrankungen, von denen 7681 einen tödlichen Ausgang hatten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Eine Partie
gebr. Kaffee
— kein Bruch —
Pfund 60 Pfg., bei 5 Pfund 58 Pfg.
ff. Bienenhonig
— garantiert rein —
Pfund 65 Pfg., bei 5 Pfund 63 Pfg.
Frische Eier
9 Stück 60 Pfg.
Rote Lubeca-Marken.
Wilhelm Kalm,
Schüsselbuden 3. Fernspr. 1154.
Jeden Sonnabend
heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Fischerstr. 96.

Auf Kredit.
Ohne Anzahlung für Kunden.
Möbel, Polsterwaren, Betten, Anzüge
für Herren, Burschen und Kinder.
Besonders günstige Bedingungen für
Damen-Jackets, Mäntel, Kostüm-Röcke, Teppiche, Tischdecken, Portiären, Gardinen, Kinderwagen.
Besonders günstige Bedingungen für
Mäßige An- und Abzahlung.
Brautleute! Eigene Polsterwerkstätten. Brautleute!
H. Kesten, größtes Kredithaus am Platze.
Untere Johannisstrasse 70.
Kein Laden, ungezierter Eingang.
Empfehlungs-Karten Die Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Diese Woche:
Prima junges dicker fettes Schenfleisch
per Pfund 60 und 65 Pfg.
H. Schmalfeldt & W. Mamerow,
Schlachtereier u. Wurstmacherei
Reiferstraße 26.
Pr. fetter Speck, Pfund 80 Pfg.
Pr. magerer Speck, Pfund 80 Pfg.
Pr. weißer Schmalz, Pfund 85 Pfg.
Obiges bei Abnahme von 4 Pfd. pro Pfd. 5 Pfg. billiger.
Pr. geräuch. Rollschulter Pfd. 80 Pf.
geräuch. Schweinsbacken, ohne Knochen 70 Pfd.
Pa. Rühener Pfd. 50 Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Conrad Tack & Cie., Burg ^{bei} Mgd. b.

Aelteste und bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

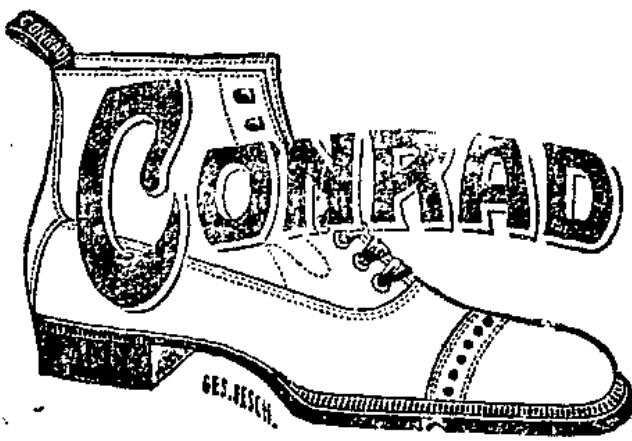
Sonnabend, den 19. September:

Schluss unserer extra billigen Schuh-Tage!

Bis zu **25%**

unter regulärem Wert betragen teilweise die Preisherabsetzungen!

Verkaufs-Geschäft



Nur solange noch Vorrat!

Eilen Sie, ehe es zu spät ist!

Lübeck: **nur** Breitestraße 47.

Berner & Co.

Wickedestr. 3

in unmittelbare Nähe der Schwartauer Allee.

Eisen-Kurzwaren

Haus- und Küchengeräte

Papierwaren

Zigarren-Zigaretten

Machen Sie einen Versuch mit unserer Marke „Ella“ 7 Pfg.

Neu eingetroffen

Grosses Sortiment.

Hervorragend billig.

Waschkörbe . . . von 95 Pfg. an

Reisekörbe . . . von 3.80 Mk. an

Küchenlampen . . . von 30 Pfg. an

Photographierahmen

in allen Größen von 10 Pfg. an

Damenschmuckkämmen und Garnituren.

Extra-Angebot

Eine Partie gering beschädigter Emaillewaren weit unter Preis.

Bitte die Schaufenster beachten.

Eigene Rabattmarken.

5 Prozent Rabatt.

Meine frische

Meiereibutter

unter dem patentierten hygienischen Fassdeckel kostet das Pfund nur

1.25 Mk.

Der hygienische Deckel schützt gegen Staub, schlechte Luft und die lästigen Fliegen. Das liebliche Aroma u. die Frische bleibt erhalten

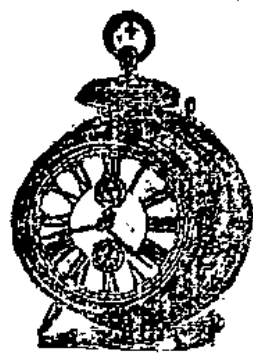
Hans Dittmann,

Fleischhauerstrasse 9.

Fernsprecher 1223.

Großer **Tilfiter Fettkäse** direkt vom Lager,

Posten Pfd. 25-30 Pfg. Schlammacherstraße 12, auf der Diele.



Heinr. Schultz

Uhrmacher u. Goldarbeiter

ob. Johannisstr. 20

Uhren * Ketten -

Gold- u. Silberwaren

gold Trauringe 988/1000 gef. Rathenower Brillen.

Eigene Werkstatt.

Verkauf und Reparatur unter Garantie.



Uhren u. Goldwaren

Trauringe, 988 u. 985 gef., anerkannt billig bei

Ernst Gentzen

Uhrm., Königsstr. 62, b. d. Düst. Gebe rote Rabattmarken.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und recht bei

Markt **Otto Albers** Kohlm. 4. 10.

z. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an, Federu pr. Pfd. von 45 Pfg. bis 4 Mk. 00 Rote Lubeca-Marken. 00

Stodelsdorfer Markt.

Montag, den 21. September:

Große Tanzmusik.

Hierzu ladet freundlich ein

E. Rottgardt.

Bettfedern * Bett-Zulettis

empfehlen wir in grosser Auswahl zu billigen Preisen.

Federn Pfd. 45, 60, 75 Pf. 1.00, 1.50, 1.70, 2.00, 2.60, 3.00 bis 4.00 Mk.
 Inletts Meter 50, 60, 75 Pf. 1.00, 1.25, 1.50, 1.80, 2.00, 2.40 bis 3.40 Mk.
 Bettbezüge fertig genäht . . . 2.20, 2.40, 2.80, 3.20, 3.60, 4.00 bis 6.20 Mk.
 Bettlaken ohne Naht . . . 1.80, 2.00, 2.20, 2.50, 2.80, 3.00 bis 3.60 Mk.
 Bettdecken Waffel u. Piqué 1.25, 1.50, 1.75, 2.00, 2.35, 2.60 bis 7.00 Mk.

Komplette Betten

Oberbett - Unterbett - Pfühl - Kissen

Liefern wir billigst in prima Stoffen und Füllung.

Bett I 19 Mk.	Bett II 22 ⁵⁰ Mk.	Bett III 27 ⁵⁰ Mk.	Bett IV 35 Mk.
Eiserne Bettstellen von 4 ⁹⁰ Mk. an.	Holz-Bettstellen von 10 Mk. an.	Matratzen mit Keil von 4 Mk. an.	

Ein großer Posten Gardinen

Meter 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90 Pfg., 1.00, 1.10, 1.20, 1.30 Mk.

Trotz der billigen Preise geben wir noch Rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt

31 Breitestraße 31.

Achtung Maurer!

Zahlstelle Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 20. Sept.

nachmittags 2 1/2 Uhr

im Lokale „Gasthof zur Linde“.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom außerordentlichen Verbandstag.
 2. Verschiedenes.
- Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Die Zweigvereinsleitung.

Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck

Sonntag, den 20. September:

Tour nach Radeburg.

Abfahrt 1 Uhr mittags vom Vereinshaus. Fahrwart II.

Hygienische Artikel

(Gummiswaren) erhalten Sie am besten und billigsten bei W. Pusback, Lübeck, Königsstr. 46.

Hansa-Theater

Telephon 384.

Gastspiel

Job-Classen.

Anfang punkt 8 1/4 Uhr.

Nur noch 3malige Aufführung!

Heute Freitag:

2 zu 15.

Posse mit Gesang in 3 Akten.

Hiesiger Lacherfolg!

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Sonntag 2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr

Große Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen.

Kaufhaus S. Sachs

Inh. J. Wangerheim, Sandstr. 28 Ecke Schmiedestr. 2.

Grösstes Möbel- und Waren-Kreditthaus.

Verkaufshaus:
Schmiedestrasse 2

am Klingenberg.

Keller, parterre, I., II. u. III. Etage.

Ohne Anzahlung

erhalten alte Kunden Ware.

Möbel
Garnituren
Sofas
Stühle
Tische
Vertikows
Kleiderschränke
Küchenschränke
Uhren

Betten
Teppiche
Gardinen
Portiären
Tischdecken
Steppdecken
Bettdecken
Chaisel.-Decken
Bettvorleger

Eigene Maler- und Tapezier-Werkstätten.

Lieferung durch eigene Gespanne mit Wagen ohne Firma frei ins Haus.

Verkauf gegen bar und auf Kredit.

Komplette Brautausstatt.

vom einfachsten bis elegantesten.

Kleiderstoffe
Leinenwaren
Baumwollwaren
Futterstoffe
Bett-, Leib- und Tischwäsche
Normalwäsche
Wollwesten

Herren- und Knaben-Bekleidung
Anzüge, Paletots, Joppen
Hosen, Gehrock-Anzüge.

Grösste Auswahl in elegant. Neuheiten.

Lagerhaus:
Schmiedestrasse 1

im „Goldenen Apfel“
Werkstätten und Stallungen.

Beamte

erhalten Ware ohne Anzahlung.

Damen-Konfektion
Blusen, Röcke, Jacketts,
Kragen,
Paletots, Jupons.

Grösste Auswahl eleganter Neuheiten.

Schuhwaren-Ausverkauf.

Die Restbestände aus dem Nachlaß von
Hugo Haendler, Lübeck,
Breitestraße 95
müssen nunmehr schnellstens geräumt werden

Die Preise sind erheblich weiter herabgesetzt.

Bis Ende dieses Monats außerdem
Großer Spezial-Ausverkauf

I^a Kalbleder-Knopfstiefel
für Damen u. Backfische
sonst bis 9,50 Mk.
jetzt nur **4⁶⁵** Mk.

I Knopfstiefel in Chevreaux
und anderen feinen Ledersorten
für Damen u. Backfische
sonst bis 10,50 Mk.
jetzt nur: **5⁸⁰** Mk.

Farbige Damen-Knopf- und
Schnür-Stiefel
sonst bis 7,50 Mk.
jetzt nur **3⁸⁰** Mk.

Sie sparen **100 pCt.**
Prima **Tilsiter**
vollfetten

weich und pikant, leicht beschädigt,
per Pfund nur **30 Pfg.**
hochfeinen fetten u. mageren Speck p. Pfd.
85 Pfg. pa. Nonnenäpfel Pfd. 12 Pfg.,
pa. doppelte Beurre de gris Pfd. 20 Pfg.

Löhmann & Co.

Königstraße 127.

Note Unbeca-Rabattmarken.

Hochfeinen Vollfettkäse Pfd. 60 Pfg.
Ob. Wahnstr. 10. **Hans Wegener.**

Ganz besonders schöne frische

2. Sorte Meiereibutter Pfd. 1.25 Mk.

empfiehlt

Fernspr. 473 Th. Storm Nachf., Königstr. 98.

Die Arbeiter-Garderoben
aus der Spezial-Abteilung von
Gebrüder **Barg**

5 Kohlmarkt 5

sind als sehr gut und billig bekannt.
Lederhosen, Cordhosen, Mauerhosen,
Zimmerm.-Hosen, Zimmerm.-Westen,
Leber-Joppen, Cord-Joppen, blau
Stoff-Joppen, leinen Jacken, Regen
usw. usw. Rabattmarken über 4 pCt.

Sonnabend, den 19. Septmbr.: Schluß der

Serien-Tage.

Einheitspreise:

95 Pfg.

1⁹⁵ Mk.

2⁹⁵ Mk.

3⁹⁵ Mk.

In allen Abteilungen sind noch grosse Warenposten aus-
gelegt, welche durchweg einen weit höheren Wert haben.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten.“

C. B. Nürnberg, den 16. September.

Dritter Verhandlungstag, Nachmittags-Sitzung.

Die Beratung der Frage der Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Rudolph Frankfurt a. M. begründet den Antrag, zwei Vertreter der Minderheit der bayerischen und bairischen Landtagsfraktion mit 30 Minuten Redezeit zum Worte vor der Diskussion zuzulassen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag verlangt, abwechselnd einen Anhänger und einen Gegner der Vorstandsresolution zu Wort kommen zu lassen.

Vorsitzender Singer empfiehlt den Antrag, da die ersten 30 Redner aus Süddeutschland Anhänger der Budgetbewilligung seien. Der Parteitag müsse Rede und Gegenseite hören.

Engler-Freiburg bittet um Auskunft, wie denn die Rednerliste gebildet werden solle.

Wels-Berlin tritt für den Antrag ein. Sonst käme die Stimmung der Partei nicht zum Ausdruck.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, nachdem auf Anfragen von Segitz-Fürth und Ulrich-Offenbach Singer die Verhandlungsweise klargestellt hat.

Für die Süddeutschen Minoritäten werden Simon-Nürnberg und Eichhorn-Pforzheim sprechen.

Für die Wadener spricht

Genosse Dr. Frank-Mannheim: Daß so viele Abgeordnete in dieser Frage so einmütig zusammenstehen, hat viele von Ihnen nachdenklich gemacht. Ich weiß es. Jede Beschimpfung und Bedrohung, die Sie auf Ihre Abgeordneten häufen, fällt immer auf die Arbeiterkraft zurück. Die Sozialdemokratie will eine Welt gewinnen und sie sollte nicht einmal imstande sein, ein paar Abgeordnete und Vertrauensleute auszuwählen. (Sehr richtig!) Wenn man bloß die „Leipziger Volkszeitung“ liest, so muß man zu der Meinung kommen, daß in den Landtagen Süddeutschlands nur Vertreter oder Skerfins sitzen, daß die Klassenbewußten Arbeiter aber daheim bleiben. (Sehr richtig!) und Widerspruch.) Diejenigen, die das Graß des geschichtlichen Materialismus wachsen hören, haben sich die Sache in dieser Frage sehr ideologisch leicht gemacht. Die „Neue Zeit“ ist uns nun wissenschaftlich beigegeben in einer Weise, die manche Leute nur als wissenschaftliche Spielerei ansehen, nämlich mit Hilfe der Betriebsstatistik. (Weiterkeit.) Ich will die Frage beiseite lassen, ob im Süden oder Norden die höhere Kultur ist. Wir wissen alle, daß für die Proletarier im Süden wie im Norden es erst gilt, sich den Anteil an der Kultur zu erobern. (Sehr gut!) Es handelt sich hier um keine revisionistische Verschwörung, es hat uns kein bayrischer oder Berliner Diesel den Dolch auf die Brust gefeßt. (Weiterkeit.)

Wir haben einfach geglaubt, unser Parteiprogramm sei, um mit Liebknecht zu reden, kein papierner Paps und daß wir berechtigt sind, selber zu denken und zu prüfen und dann auch danach zu handeln. Sie müssen deshalb anerkennen, daß wir keinen Disziplinbruch begangen oder beabsichtigt haben. Was wir getan haben, war der Ausfluß unseres parteigenösslichen Pflichtbewußtseins. — Deshalb werden wir auch zu unserer Überzeugung stehen wie Männer. (Bravo! b. d. Süddeutschen.) Von den Genossen, die anderer Meinung sind und als wir, wird jetzt der Wert des Parlamentarismus wieder einmal ordentlich herabgesetzt. Genau wie es vor Jahren die Berliner Jungen getan haben. Auch jetzt werden die Massen mißtrauisch gemacht gegen ihre Führer in gehobener Lebensstellung. Damals richteten die Berliner (Rufe: die Berliner? Nur ein kleiner Teil der Berliner) ihre vergifteten Pfeile gegen Bebel und Liebknecht, heute ist Bebel und der Parteivorstand der Fahnenträger der Berliner. (Unruhe bei den Berlinern.) Ich habe mich milde ausgedrückt. Vielfach ist man der Meinung, der Partei-

vorstand ist heute der Gefangene der Berliner. (Lachen.) Ich will hier nicht Vorwürfe gegen den Parteivorstand erheben. Aber diese Debatte ist deshalb so vergiftet worden, weil viele Leute glaubten, es handle sich um ein Komplott gegen den Bestand der Partei. Unaufrichtig wurde von der „Geheimkonferenz“ gesprochen. Da erwarteten wir ein aufklärendes Wort vom Parteivorstand, der es besser wußte. (Mollenbuhr: Sie haben ja die Auskunft verweigert!) Genosse Mollenbuhr, dazu brauchten Sie keine Auskunft. Fragen Sie ihren Vorstandscollegen Pfannkuch, ob wir nicht in keiner Gegenwart widerspruchlos besprochen haben, demnächst in Stuttgart die Frage der Budgetbewilligung zu erörtern. Ein Parteivorstand, dem Einheit und Geschlossenheit der Partei am höchsten stand, hätte von dieser Tatsache der ihm nahestehenden Redaktion des „Vorwärts“ Mitteilung machen müssen. (Pfannkuch: Sind wir denn eingeladen worden?) Wir hatten nicht die entfernteste Äußerung davon gehört, daß Ihr wünschtet, den Verhandlungen — Befehle dürften nicht gefaßt werden — beizuwohnen. (Lachen und Zurufe: Ihr harmlosen Kinder! — Htt.) Ich gebe es vollkommen auf, den Genossen Ströbel von etwas zu überzeugen. (Unruhe.) Aber es würde mich interessieren, zu erfahren, ob die Vorwärtsredaktion von den von uns hier betonten Tatsachen erfahren hat. (Ströbel: Es ist eine Infamie, mir anzuschreiben, daß ich etwas gewußt und das Gegenteil geschrieben habe!) Der Genosse Ströbel bleibt seiner Gewohnheit, gegen Parteigenossen Schimpfwörter zu gebrauchen, auch hier getreu. (Unruhe.) Vorj. Singer bittet um Ruhe. Zuruf: Er soll nicht provozieren! Ich hätte lieber ein einfaches Nein gehört. Das Schema, nach dem man uns verurteilt, ist einfach: Der Staat ist Klassenstaat und wir dürfen ihm nichts bewilligen. Ist das aber richtig, dann haben Sie den Anarchosozialisten bitter unrecht getan und dann ist Ihr heimlicher Kaiser der Dr. Friedberg. (Widerpruch.) Nur begreife ich dann nicht, warum die preussischen Genossen auf die Straße steigen und Leben und Freiheit in die Schanze schlagen wollen, nur um die Bahn frei zu machen für den parlamentarischen Kremlismus. (Beifall und Weiterkeit.) Wir sind überzeugt, daß die Masse der deutschen Arbeiter mit Lassalle denkt: Der Staat gehört den notleidenden Klassen, denn er besteht aus ihnen. (Lebh. Beifall.) Gewiß gibt uns die außerparlamentarische Aktion auch erst im Parlamente Kraft und Rückgrat. (Allg. sehr richtig!) Aber durch das Zusammenwirken der Armeen, die zusammen die Arbeiterbewegung ausmachen, kann die Lage der Arbeiter gehoben werden und ist wohl schon gehoben worden. (Lebh. Zustimmung.) Ein Beispiel von denen, die den Klassenkampf täglich praktisch führen: Muten Sie den Gewerkschaftsführern zu, einen Tarifvertrag Punkt für Punkt durchzubekämpfen und dann im ganzen abzulehnen. (Lachen und Widerspruch.) Nun wohl genau wie die Ausbeutung, die durch den Tarifvertrag anerkannt wird, genau so ist der Klassenstaat eine Tatsache, mit unserer Anerkennung und ohne sie. Wir wollen den Staat umformen und erobern. Das aber wollen und können wir nicht, indem wir mechanisch Nein sagen (Unruhe), sondern indem wir ihn und ausdauernd ausarbeiten. So können wir auch den Tarif mit dem Staate, den wir Punkt für Punkt durchbekämpfen haben, nicht ohne weiteres immer ablehnen. Ich glaube, daß wir hier einen echt deutschen Streit um eine Zeremonie führen. (Beifall und Widerspruch.) Der Staat soll in der Idee verneint werden, wenn dadurch auch im Gebäude des Klassenstaates kein Stein verrückt wird. (Weiterkeit.) Die preussischen Landtagsabgeordneten haben es in ihrem inneren und äußeren Kampf leicht gehabt, sie waren nicht da. (Weiterkeit und Protestrufe.) Parteigenossen! Ich nehme den Wahlkampf und Wahlrechtskampf der preussischen Genossen ernst und bitte jede meiner Äußerungen als ernstes Streben um das Wohl der Partei aufzufassen. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Der ganze Streit ist, ich wiederhole es, der Ausfluß der Tatsache, daß die Preußen ein Wahlrecht nicht besitzen. Gätten die Preußen ein Wahlrecht und eine der Kraft des Proletariats entsprechende Vertretung, dann würde auch für Preußen der Tag von Damaskus kommen und aus Saulus Singer ein Paulus Singer werden. (Singer wehrt ab. — Gr. Weiterkeit.) Aus Leipzig kam gegen uns Disziplinbrecher die Anklage auf Parteiverrat — man merkte die Nähe des Reichsgerichts. (Weiterkeit.) Aber die

Geschichte der Partei ist mit Disziplinbrüchen übersät. Auch die Leipziger Genossen haben den Beschluß des Parteitages über die Landtagswahlbeteiligung gebrochen. (Zuruf Lipinets.) Ich weiß, daß ein Disziplinbruch in Leipzig etwas anderes ist, als anderswo. (Gr. Weiterkeit.) Wenn ich die Gründe darlege, die uns zur Zustimmung zum Etat veranlaßt haben, so bedaure ich, daß ich die Regierungen loben muß. Denn das alte brutale russische Sprichwort: „Behandle Deine Frau wie einen Apfelbaum — schüttle sie“ trifft auf die Regierungen zu. Nur wenn sie geschüttelt werden, geben sie etwas her. Aber jetzt müssen wir hier feststellen, daß wir in Baden manchen Fortschritt zu verzeichnen haben. Wir haben den Anteil der Arbeiter am Gesamtentkommen des Landes erhöht und haben das Koalitionsrecht nach allen Richtungen hin gesichert. Auch der Fall Schaufele ist überwunden; mehrere Arbeiter aus derselben Eisenbahnwerkstätte sind Gemeindevorsteher auch in Karlsruhe geworden. (Vielfaches Hört, hört!) Besonders stolz aber sind wir darauf, daß wir unser Land vor der klerikalen Mehrheit freigehalten haben, und auch für die Zukunft haben wir uns, vorbehaltlich der freien Entscheidung der Parteigenossen, den Weg zum Großblock nicht versperrt. (Bravo!) Nun sagt man, der Klassenkampf sei durch die Zustimmung zum Etat in Gefahr. Aber wollte selbst jemand den Klassenkampf aufgeben, der Klassenkampf ließ ihn nicht los. Der Klassenkampf läßt sich nicht ausrotten, er liegt tief begründet in den Verhältnissen. (Sehr wahr!) Nun ist aber ein großer Teil von Ihnen hierhergekommen, nicht um uns zu überzeugen, sondern um uns zu überstimmen. (Zuruf: Beweis!) Mich freut der Widerspruch. Ich konnte ihn kaum erwarten, denn es ist ja offen die Parole ausgegeben worden, die Möglichkeit zu schaffen, daß wir überstimmt werden können. (Sehr gut!)

Wenn wir aber nun durch einen Parteitagsschluß gezwungen das nächste Mal gegen unsere Überzeugung den Etat ablehnen, glaubt Ihr, daß dadurch der Klassenstaat erschüttert würde anders als durch das Hohngelächter unserer Gegner, mit dem sie uns empfangen würden? (Sehr gut!)

Wir sehen Sie heute noch als unsere Kampfgenossen und Brüder an; wir bitten Sie, bringen Sie uns nicht in eine Situation, die uns nach unserer Kenntnis politisch zurückwerfen müßte. (Lebhafter Beifall.) Aber hat in solchen Fällen den Rat gegeben zu sagen: Ihr seid zwar Ziel, aber wir fügen uns. (Weiterkeit.) Der erste Teil des Rates mag ja von uns manchem sympathisch sein (Weiterkeit), aber der zweite paßt für die Situation nicht. Bedenken Sie aber, daß wir die Einigkeit brauchen und wollen, und treiben Sie es nicht zum äußersten! Wenn die Partei zerrissen würde... (Lebhafte Unterbrechungen: Wer zerreißt denn?) Partei-

genossen! Wir sind doch keine Kinder, die sich gegenfeitig die Schuld am Streit zuschultern. Lassen Sie uns ernst beraten, was geschehen kann, um ein Unheil abzuwehren. (Sehr gut!) Wenn die Partei zerrissen würde, das wäre ein Unglück für die politische Entwicklung Deutschlands und Europas. (Lebhafte Zustimmung.) Und darum können Sie die Resolution nicht annehmen, die nicht Ihrer Verantwortlichkeit und dem Ernst der Lage entspricht. (Widerpruch.)

Die Resolution ist das Gegenteil eines Entgegenkommens und für uns durchaus und unbedingt unannehmbar. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Die Lübecker Resolution ließ der Vernunft noch eine Spalte, die jegliche des Parteivorstandes nicht mehr eine Ritze. (Weiterkeit.) Ich übersehe die Bedeutung der staatlichen Verschiedenheit nicht — Süddeutschland hat eine hundertjährige parlamentarische Geschichte voraus — aber die nivellierende Wälze des Kapitalismus gleicht vieles aus. Aber, Parteigenossen, das Aufreizende an dieser Situation ist das, daß wir vergewaltigt werden sollen, von denen, die kein Wahlrecht haben. (Sehr gut!) Setze es einer Frage, wie die Waisefrage, die die ganze Partei angeht, so hätte die Partei das moralische Recht, straffe Disziplin zu üben. So aber liefern Preußen und Sachsen die Stimmen für den Beschluß, dessen Folgen die Gegner des Beschlusses tragen müssen. (Sehr gut!) Die Disziplin ist die Mutter des Sieges, aber in der Partei ist auch Raum für die Eigenart. Es ist möglich, Disziplin zu üben und Freiheit zu achten. Sollte aber die Freiheit nicht mehr gewahrt werden, so müssen die einzelnen Länder im Parteivorstand anders vertreten sein,

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Verstaeter.

(53. Fortsetzung.)

Als der Tisch gedeckt war, sah sie nach dem Gatten hinüber, der sich langsam am Fenster ausgerichtet hatte, und jeder ihrer Bewegungen mit den Augen folgte.

„Komm und isz, Eduard“, sagte sie jetzt mit leiser, heiserer Stimme, indem sie nach dem Tische deutete. Sie selber setzte sich zugleich auf den Rand des Bettes, in dem die Kleine mit ihr schlief, und bog sich über das schlummernde Kind. Erst als sie ihr Auge nicht mehr auf ihn geheftet hielt, vermochte der Mann sich zu bewegen. Er schritt langsam zum Tische, rückte sich den Stuhl zurecht und verzehrte mit anscheinendem Heißhunger die für ihn hingesezten Lebensmittel bis auf die letzte kleinste Krume Brot. Kein Wort wurde dabei gesprochen, kein Laut unterbroch die Stille, als das Klappern des Messers und der Gabel und das ruhige Atmen des eingeschlafenen Kindes.

Endlich hatte Hobburg sein Mahl beendet, schob den Teller und Serviette zurück, und lehnte den Kopf wieder in die hohle Hand. Die Frau stand, als sie das Geräusch hörte, auf und räumte den Tisch ab. Noch immer war kein Wort weiter zwischen den beiden Gatten gemechselt worden.

Da endlich trat Louise zu dem Tische, auf den sie beide Arme stützte, denn sie fühlte, wie ihr die Knie zitterten, und sagte mit leiser Stimme, der das Wort fast nur wie ein Hauch entfloß:

„Und so bist Du zurückgekehrt? — so hat Gott mein Gebet erhört, daß er Dich — als Bettler mir vor die eigene Türe sandte? Eduard, es ist furchtbar, und daß mein Herz in dem Augenblick nicht gebrochen, verdank ich nur dem jahrelangen Leid, das es gestählt und abgehärtet hat.“

Der Mann erwiderte hierauf mit keiner Silbe. Vor sich nieder starrte er eine Weile, dann fiel sein Arm auf den Tisch, und er lehnte den Kopf darauf in Scham und Reue.

„Und was soll nun werden, Eduard? Dein Körper ist erschöpft und aufgerieben, dein Geist gebrochen, aber Du hättest nie so die Anstrebungen wieder betreten können. Was soll mit Dir jetzt werden? Mich und das Kind er-

halt' ich schon mit meiner Hände Arbeit, kümmerlich zwar, aber ehrlich kommen wir durch die Welt. Wie willst Du selbst Dir helfen?“

Hobburg antwortete nicht — er schien nicht mehr zu atmen — sein Nacken, auf den das flackernde Licht den vollen Schimmer warf, sah leichenbleich aus, und als die Frau, darüber erschreckt, seine Hand faßte, glitt er langsam von dem Stuhle nieder, auf dem er saß, und wäre zu Boden gestürzt, wenn sie ihn nicht in ihren Armen gehalten hätte.

Langsam und vorsichtig ließ sie ihn auf die Erde nieder, hob dann ihr schlafendes Kind vom Bett und zog die Matratze weg, hinter der sie die ruhig fortschlummernde Kleine auf das blanke Stroh zurückstülpte. Die Matratze trug sie dann an die Wand neben den Gatten und wollte ihn hinaufheben — aber ihre Kräfte reichten nicht aus. Nur unter den Kopf schob sie ihm die weichere Unterlage, und kühlte ihm die Stirn und Schläfe mit frischem Wasser, bis er wieder zu sich kam.

Hobburg öffnete die Augen; als er aber die über ihn gebeugte Gestalt der Frau erkannte, schloß er sie wieder und stöhnte nur leise:

„Arme — arme Louise!“

Die Frau erwiderte kein Wort. Sie half ihm, sich auf das neben ihm bereitete Lager heben, schob ihm ihr eigenes Kopfkissen unter den Kopf und deckte ihn mit ihrer wollenen Decke zu. Er faßte, als sie mit ihm beschäftigt war, ihre Hand und zog sie an seine Lippen. Sie dudete es, während ein Seufzer ihre Brust hob. Dann wandte sie sich von ihm, löschte das Licht aus und suchte das eigene harte Lager.

Die schweren, regelmäßigen Atemzüge des zum Tode erschöpften Mannes tönten schon lange zu ihr herüber, in ihrem Arme schlummerte das Kind, das liebe Haupt an ihre Brust gelehnt; aber die Frau wachte, machte die lange trübe Nacht hindurch, allein mit ihren Tränen, und erst als der Morgen dämmernd durch die Scheiben brach, und ein kalter Luftzug fröstelnd durch das Gemach und ihre durch keine Decke geschützte Glieder zog, fiel sie in einen leichten, unruhigen Schlummer.

*XXIII.

Ein australischer Abenteuer.

In Adelaide, unmittelbar an dem kleinen Flüsschen Torrens, und nur von diesem durch den breiten Fahrweg und einen schmalen Streifen Wiesenland getrennt, auf dem noch ein paar vereinzelte Gumbäume standen, lag die kleine freundliche Wohnung des Tischlers Christian Helling, unseres alten Bekannten.

Das Häuschen war nur klein, aber praktisch angelegt, und ein sehr gut und mit besonderem Fleiß gehaltener Garten, etwas ziemlich Seltenes in der Stadt selber, gab ihm einen gar wohlthätigen, gemüthlichen Anstrich, und zeichnete es durch seine von Passions- und Weinranken überzogenen grünen Wände sehr zum Vorteil gegen die weiß angestrichenen fahlen Nachbarhäuser aus.

Der Eigentümer desselben, Christian Helling, war ein jener Beispiele deutschen Fleißes und deutschen Ausdauer und Genügsamkeit, welche die Vereinigten Staaten großenteils mit zu dem gemacht haben, was sie wirklich sind, die in sämtlichen australischen Kolonien fast den ganzen Ackerbau in Händen haben, und selbst in ihrem eigenen Vaterlande, trotz enormer Lagen und Steuern, trotz des Druckes, in dem sie unter einem Beamten- und Priesterheere stehen, doch eben mit diesem Fleiß, mit dieser Mäßigkeit allen Schwierigkeiten entgegenarbeiten und sich, wenn sie auch nicht imstande sind, gegen die starke Strömung Fortgang zu machen, doch wenigstens hartnäckig auf ihrer Stelle halten.

Wie Tausende seiner Art war Christian aber auch leider vollkommen gleichgültig gegen ein geistiges Leben. Fromm und gottesfürchtig erzogen, konnte er wahrhaftig in der Bibel lesen, wußte seinen Katechismus noch so gut auswendig wie damals, als er in die Schule ging, und lang Sonntags nicht allein regelmäßig seine bestimmte Anzahl von Gesangbuchversen ab, sondern schloß auch ziemlich regelmäßig während der Predigt — wie tausend andere auch. Deshalb aber veräumte er doch keinen Gottesdienst. Indes mehr als tausend andere — wenn er auch nur wenig von der Predigt selber hörte — folgte er doch den frommen und guten Lehren, die ihm von der Kanzel gegeben wurden, und einen ehrlicheren, braveren Buschen als ihn gab es nicht in den Kolonien.

Um etwas anderes bestimmte er sich freilich nicht. Die Politik, die ihm von je fern gelegen, ging ihn seiner Meinung nach nichts an, und daß er jetzt unter einer au-

als bisher, damit er nicht mehr auf unverantwortliche Zwischenträger sich verlassen muß. (Sehr gut!) — In diesen Tagen ist oft an die Spaltung des Arbeitervereinstages in Nürnberg erinnert worden. Ich erinnere Sie lieber an den Einigungsstongress in Gotha. Damals setzten Bebel und Liebknecht ein Einigungsprogramm durch, das allerdings den wissenschaftlichen Forderungen nicht entsprach. Und wie damals die Forderungen der Praxis und des Lebens der Wissenschaft gegenüber durchgesetzt wurden, so gilt es jetzt, die wissenschaftlichen Bedenken zurückzustellen gegenüber den Forderungen der deutschen Arbeiterklasse, die einig sein will und einig sein muß. (Stürm. Beifall.)

Für Württemberg erhält das Wort Hildebrand-Stuttgart: Ich danke dem Parteivorstand, daß er uns in die Tadelresolution mit aufgenommen hat; denn daher können wir noch nachträglich unser Parteiverbrechen vom vorigen Jahre rechtfertigen (Heiterkeit) und unsere volle restlose Solidarität mit den andern süddeutschen Fraktionen bekunden. (Sehr gut! Bravo! bei den Süddeutschen.) Die Anklage gegen uns lautet auf Disziplinbruch und Parteiverrat. Seit Jahren spricht ja die „Leipziger Volkszeitung“ fortwährend von unserem parlamentarischen Kreinismus. Ich habe es mir längst abgemöhnt, die „Leipziger Volkszeitung“ ernst zu nehmen. (Sehr gut! und Widerspruch.) Solange es die Leipziger Parteigenossen dulden, werden wir es ja dulden müssen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ Tag für Tag jeden anständigen Mann anspuckt. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.) Wir sind nicht die ersten, die mit glühendem Eisen ausgebrannt werden sollen. Ich aber nehme für mich ein größeres Recht auf Parteizugehörigkeit in Anspruch als die Herren, die die Leipziger Parteigenossen gewählt haben, um uns zu beschimpfen. (Sehr gut!) Ich rege mich nicht über die „Leipziger Volkszeitung“ auf. (Zuruf: Man merkt! — Große Heiterkeit.) aber für den „Vorwärts“ ist der Parteivorstand moralisch verantwortlich. (Sehr wahr!) Hat er doch gegen den Willen der Partei aus seiner Machtvollkommenheit die Redaktion neu besetzt. (Zuruf: War auch sehr notwendig!) Darum muß er diese Beschimpfungen gegen uns verantworten. Die Zustimmung zum Etat in Württemberg war keine Entleistung, sondern genau bedacht. Wir hatten mit Rücksicht auf unsere Minderheit beschlossen, kein zu sagen. Aber noch am Tage der Budgetabstimmung entschlossen sich auch die Genossen aus der Minderheit, den wichtigen Gründen der Mehrheit nachzugeben und für den Etat zu stimmen. (Hört, hört!) Wir alle glaubten, im Dienste der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft zu arbeiten, wenn wir dem Etat zustimmten. Nicht aber wollten wir wohlüberlegt und bewußt die Partei schädigen. Niemand in der ganzen politischen Literatur hat in der Budgetannahme eine besondere Vertrauenskundgebung erblickt. Wohl aber kann man aus der Budgetverweigerung, wenn sie ausnahmsweise erfolgt, ein wirkliches Mißtrauensvotum gestalten. (Sehr wahr!) Die regelmäßige Ablehnung der Budgets aber ist eine mächtige Waffe in der Hand unserer Gegner geworden. Selbst beachtenswerte Gegner, die auch andere Argumente gehabt hätten, sind darauf heruntergeritten. (Zuruf: Ledebour.) Ach, Ledebour, der Hieber geniert sich auch vor Ihnen nicht, wenn sich auch mancher andere vor Ihnen geniert. Der Grund, der uns nun veranlaßt, dem Etat zuzustimmen, war seine Gestaltung. Keiner von uns würde der preußischen Regierung irgend welche Konzeption machen wollen. Aber die württembergische Regierung kann nicht mit derselben Feilsche geschlagen werden wie die preußische geschlagen zu werden verdient. Wir haben in Württemberg die volle politische Gleichberechtigung. Darum vermochten wir dem agitatorischen Bedürfnis nach Bewilligung des Etats ruhig nachzugeben. Großes Gewicht haben wir übrigens darauf nicht gelegt, genau so wenig wie die Berliner. (Unruhe.) Berlins Etat ist größer als der Württembergs und Berlin ist ja wohl auch in seiner Verwaltung ein Stück des Reichstaats. Gleichwohl haben die Berliner... (Beif. Zuruf: Niemals fürs Budget gestimmt! Unwahr!) Genossen! Wie können Sie mich für so dumm halten, daß ich hier aufträte, ohne etwas in der Hand zu haben. Denn mit den Berlinern ist doch auf dem Parteitag schlecht Kirichen zu essen, und Berlin ist ja diesmal besonders gerümpelt am Platz. (Heiterkeit und Widerspruch.) Der „Vorwärts“ hat nämlich der „Münchener Post“ hartnäckigen Mangel an Wahrheitsliebe vorgeworfen, weil sie an der Behauptung festhielt, daß die Berliner Stadtverordneten für den Etat stimmten. Ich war tatsächlich neugierig, ob die Münchener genau so schlechte Kerle seien wie die im „Vorwärts“. (Gr. Hitt.) Und da habe ich zu meiner außerordentlichen Überraschung entdeckt, daß sie genau so gute Kerle sind wie wir. (Heiterkeit.) Denn nach dem Protokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der Etat in der Gesamtabstimmung debattelos angenommen. (Stürm. Beifall bei den Süddeutschen, erregter Widerspruch der Berliner.) Ja, so könnten wir es auch haben, aber wir dürfen ja nicht stillschwei-

gen, wenn der große Staatsakt kommt. (Heiterkeit.) Genosse Limm hat ganz mit Recht gesagt, daß es sich hier um die Frage gegenläufigen Vertrauens handelt und um weiter nichts. Schon durch die bisherigen Debatten ist unsere Stellung im Lande so untergraben worden, daß es uns schwer fallen wird, das allgemeine Vertrauen der Wählerschaft wieder zu gewinnen. (Stürmischer Beifall.) Mit dem Mißtrauen belastet werden wir den Gegnern ausgeliefert. Ihnen drückt man die Waffen in die Hand. Es widerstrebt mir zu sagen, daß, wenn sie uns nicht die nötige Freiheit lassen, ein Unglück geschieht. Lieber verzichte ich auf die Mitarbeit. Aber ganz unmöglich können wir mit der Vorstandsresolution belastet, die parlamentarische Tätigkeit fortsetzen. (Sehr wahr.) Dazu können und dazu dürfen Sie es nicht bringen, weil Sie damit unrecht hätten, weil Sie einen Beschluß fassen, dessen Tragweite Sie nicht ermessen können, unter dem Sie selbst nicht zu leiden hätten. (Lebh. Beifall.) Bebel hat heute, wie ein Parteiführer es tun muß, in versöhnlichem Geiste gesprochen. (Zuruf: Im Gegensatz zu Ihnen.) Ich bedauere, daß wir nicht einen Viktor Adler im Parteivorstande haben, der ihm sagt, daß in parlamentarischen Fragen nicht geredet, sondern gehandelt werden muß. (Sehr gut!) Aber gestern in unserer Unterredung hat Singer gesagt, daß wir ein Ende machen müßten mit der Verkleinerung und Verschleierung der Gegensätze. (Hört, hört!) Wenn das einer von uns aus dem Gefühl der beleidigten Ehre heraus sagte, würde man ihm das sehr übelnehmen. Ein Mann aber, der an der Spitze der Partei steht, hat doppelt die Aufgabe zu einigen und nicht zu trennen. (Stürm. Beifall.) Die Anklage von Parteiverrat und Disziplinbruch weise ich weit von mir. Aber die allererste Aufgabe des Parteivorstandes wäre gewesen, uns vor diesem Stigma zu schützen. (Sehr wahr!) Nach dem Parteitag wird alles wieder ruhig sein. So ging es auch nach den erregten Debatten über die Frage der Landtagswahlbeteiligung in Preußen, in der Vizepräsidentenfrage und bei vielen anderen Gelegenheiten. Stets wurden wir als halbe Parteigenossen gebrandmarkt, ehe man unseren Ratschlägen folgte. Der Parteivorstand sollte es endlich verhindern, daß in dieser Weise Leute unsere Politik zu bestimmen suchen, die keine Verantwortung tragen. (Bebel ruft: Ganz unmöglich!) Keine Partei der Welt läßt sich ihre taktischen Beschlüsse von Leuten vorschreiben, die nicht mit uns kämpfen, sondern uns nur dirigieren wollen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe nicht das Verdienst, schon einmal prophezeit zu haben (Heiterkeit), aber es wird noch eine Zeit kommen, wo auch in der Budgetfrage eine andere Abstimmung des Parteitages notwendig werden würde, wenn Sie dann noch jemand prophezierten wollte. (Sehr gut!) Deshalb bedauere ich es, daß wir jetzt so viel Nerven, so viel Energie an diese Frage haben setzen müssen. Der Antrag des Parteivorstandes ist für uns unannehmbar. Wir sind der Überzeugung, daß Sie uns damit einen Beschluß aufdrängen wollen, der unsere Erfolge vermindert und unsere Stellung erschwert. Auch wenn Sie diesen Antrag annehmen, sind wir nicht der Pflicht überhoben, beim nächsten Budget zu prüfen, ob das Interesse der Partei erfordert, dafür oder dagegen zu stimmen. Nur werden wir uns dann besser vorsehen, und den Parteivorstand in die Lage versetzen, mit uns zu beraten und die Verantwortung mitzutragen. Aber die Annahme der Resolution wird uns in unserer Stellung schädigen und in unserer Ehre kränken, und das sollten Sie nicht tun im Interesse der Einheit und Geschlossenheit unserer Partei. (Lebh. anhält. Beifall.)

Für die bayerische Minderheit erhält das Wort mit 30 Minuten Redezeit

Simon-Nürnberg: In der Preßpolemik ist von beiden Seiten über das Ziel hinausgeschossen worden. Aber die unnötige Verschärfung ist in dem ganzen Streit erst hineingetragen worden durch die Auskunftsverweigerung seitens des bayerischen Landtagsvorstandes. (Lebh. Zustimmung.) Wenn die bayerische Landtagsfraktion glaubte, mit der Lübecker Resolution nicht mehr auskommen zu können, so hätte sie an den Parteitag gehen und eine Änderung beantragen sollen, (vielf. Sehr gut!), dann wären diese parteischädigenden Diskussionen vermieden worden. (Sehr wahr!) Zugeben aber will ich, daß unsere bayerischen Abgeordneten überzeugt waren, sich im Rahmen der Lübecker Resolution zu bewegen. (David ruft: Warum dann eine Änderung?) Die Loyalität der bayerischen Genossen steht außer Frage. Aber Sie sollten es nicht so darstellen, als ob Sie allein noch Fühlung mit der großen Masse hätten. Nicht ein bayerischer Parteigenosse hat von uns verlangt, daß wir für den Etat stimmen sollten. (Hört, hört!) Auf dem bayerischen Landestag hat niemand auch nur ein Wort von dieser Zustimmung gesprochen. Wenn wir den Etat abgelehnt hätten, so hätte niemand uns daraus einen Vorwurf gemacht. In unserem bayr. Landtagswahlbuch haben wir erklärt, daß nur grobe Unkenntnis des Parlamentarismus oder der Wunsch nach Irreführung der Massen unsere Budgetverweigerung mißdeuten könne. (Sehr gut!)

deren, freieren Regierung lebte, wo der einzelne Bürger nicht allein das Recht, sondern sogar die Pflicht hatte, für sich zu denken, konnte ihn eben so wenig berühren. Gerade wie der alte Nische, der ihm darin in erwünschtem Beispiel voranging, überließ er das, wie er sich ausdrückte, den Mäßiggängern, die doch weiter nichts anderes zu tun hätten. Zeitungen las er nie, oder nur höchstens hinten die Annoncen, hielt auch natürlich keine, und seine ganze Bibliothek beschränkte sich auf eine Bibel, ein Gebetbuch, einen Katechismus und ein paar englische und deutsche Traktäthen, die er von seinem Geisteslichen erhalten. Zufällig hatte sich zu diesen Büchern noch ein altes Exemplar des illustrierten Pfennigmagazins gefunden, das er einmal mit für eine schlechte Schuld angenommen, und dann und wann konnte es geschehen, daß er wohl abends eine Stunde die wieder und wieder gelesenen alten Geschichten durchblätterte und die alten Holzsnitte betrachtete. Gewöhnlich aber schlief er dabei ein.

Wunderbarerweise hatte sich zu ihm gerade das Gegenteil seines Charakters gefunden, wie wir denn das im Leben draußen garnicht etwa so sehr selten sehen, daß sich die Scheinbar mit ihren Charakteren am wenigsten zu einander passenden Menschen am allerbesten mit einander vertragen.

Christians Haus war klein, aber doch nicht so klein, daß er nicht noch Raum gefunden hätte, die obere Etage zu vermieten, mochte er sich dadurch auch oft selber mehr einschränken, als ihm manchmal lieb war. Für seine Werkstätte machte er sich unten im Garten einen kleinen Anbau, seinen Holzvorrat häufte er auf dem Wiesenplan vor dem Hause, auf Reglerungsland auf, und die erste Etage seiner kleinen freistehenden Wohnung hatte gegen einen mäßigen Zins Oskar von Plä inne, für den Christian auch morgens mit den Kaffee kochte und das Weißbrot von dem nahe wohnenden Bäcker holte.

Oskar von Plä war, wie wenigstens das Gerücht in Adelade ging, früher Kavallerieleutnant gewesen. Er verstand jedenfalls ein Pferd zu reiten und konnte, wenn er einen Gleichgewichtes traf, sich ganze Abende, bis spät in die Nacht hinein, über Pferde unterhalten. Was ihn aber nun auch aus dem alten Vaterlande vertrieben haben mochte —

und die Gerüchte darüber waren wieder ganz wunderlicher und eigener Art — hier in Australien konnte er natürlich sein früheres Geschäft nicht fortsetzen, und mußte auf irgend einen Brotwerb denken, um zu existieren.

Brotwerb gab es nun freilich in dem jungen aufsteigenden Lande gerade genug und nach allen Seiten hin, und wer tüchtig zugreifen wollte und mäßig lebte, brauchte nicht zu fürchten, auch nur für einen einzigen Tag Not zu leiden. Das Zugreifen war aber das Schlimmste dabei, Arbeit wurde gefordert, und das war etwas, wozu sich Herr von Plä nun und nimmer entschließen konnte und wollte.

Leider gibt es von dieser Menschenklasse in allen Kolonien, mögen sie liegen, in welchem Erdteile sie wollen, eine sehr große Anzahl von Individuen, die meist der sogenannten „gebildeten Klasse“ angehören, und ihrer Erziehung oder Neigung nach sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen können, ihre geistigen Fähigkeiten so weit herabzuwürdigen, um den Händen ihren Lebensunterhalt zu verdanken. Ich sage, der sogenannten gebildeten Klasse, denn tausende von ihnen haben wenig mehr als nur die oberflächlichste Schulbildung genossen, und selbst von dieser nur so viel profitiert, als sie eben nicht vermeiden konnten, in späterer Zeit aber nie wieder daran gedacht, ihrem Geist auch nur den hundertsten Teil der Pflege angedeihen zu lassen, die sie ihrem Körper widmeten. Aber in den bevorzugten Ständen geboren, waren sie von Jugend auf daran gewöhnt, auf die arbeitende als eine vollkommen untergeordnete Klasse herabzuschauen, und selbst bei einer späteren Auswanderung halten sie sich den Gedanken so lange als irgend möglich fern, durch diesen Schritt in eine Bahn hineingeworfen zu sein, in der sie mit diesem bisher verachteten Stande einen vollkommen gleichen start oder Auslaufpunkt haben. Erst wenn, im fremden Lande angekommen, das Rennen wirklich beginnt, finden sie gewöhnlich zu ihrem Entsetzen, daß sie keineswegs mehr bloße Zuschauer dieses Lebens sind, die in einer bequemen Kutsche nebenher fahren können, sondern daß sie tätigen Anteil nehmen sollen und müssen, wenn sie nicht von ihren gewöhnlichsten Mitbewerbern weit zurückgelassen werden wollen. (Fortsetzung folgt.)

Wir hätten auch diesmal den Etat verweigern können, ja, wir hätten dazu eine besonders günstige Gelegenheit (Hört, hört!), denn wir hatten gegen den Kultusminister v. Wehner den Vorwurf des Verfassungsverstoßes erhoben und die Einleitung einer Ministeranklage verlangt (Sehr gut! das ist unser Entgegenkommen! — Bebel erwidert: das habt Ihr wieder durch die Budgetabstimmung verdorben.) Das hätte selbst der dümmste Wähler verstanden, daß wir einem Ministerium den Etat nicht bewilligen können, das einen verfassungsbrüchigen Minister deckt. (Sehr wahr!) Das vielbelobte Beamtengesetz ist ein Ausnahmengesetz gegen uns (Hört, hört, Zustimmung.) Das Ministerium, das wegen einiger kräftiger Worte für seine Berufscollegen den Lehrer Beul gemahregelt hat, wird auch den Lehrer maßregeln, der entschieden sozialdemokratische Propaganda treibt und die Trennung der Kirche von Staat und Schule fordert (Sehr wahr!). Man kann auch nicht Reichspolitik und Landespolitik trennen. Die bayerische Regierung hat der Auflösung des Reichstages ausdrücklich zugestimmt. (Beif. Hört, hört!) Wer die Budgetabstimmung mit einem Tarifabschluß vergleicht, beweist nur, daß er vom Tarifwesen nichts versteht. (Lebh. Zustimmung.) Wir müssen jetzt die Handlungen der Regierung und der Mehrheitsparteien loben. Das ist für die Sozialdemokratie ein beispielloses Beispiel. (Sehr wahr!) Im Landtage haben wir nachgewiesen, daß die Erhöhung der Beamtenegehälter nicht einmal der Verteuerung der Lebensverhältnisse gleichkommt. (Hört! Hört!) Jetzt geben wir dem Zentrum die Waffe in die Hand, daß es außerordentlich gut für die Arbeiter und Angestellten gesorgt habe. (Hört! Hört!) Bei der alten Taktik der Budgetverweigerung sind wir groß und stark geworden. (Sehr wahr.) Wenn wir die Indifferenten nicht abstoßen wollen, so müssen wir gleich mit dem ganzen Parteiprogramm auftrudeln. Besser ist, wir bemühen uns die Massen aufzuklären über den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Proletariat und den regierenden Klassen und ihrer Sachwalterin, der Regierung. (Stürmischer Beifall.) Die Mehrheit der Fraktion sagt, daß sie eine Marschrute nicht annehmen könne. Aber war nicht auch die Dresdener Resolution eine Marschrute. (Sehr wahr.) Ich habe schon anerkannt, daß die bayrischen Genossen geglaubt haben, die Lübecker Resolution ehrlich auszulegen. Aber sie haben sie eben falsch ausgelegt. (Sehr wahr.) Darum müssen wir eine Erläuterung geben. Wenn wir aber die Pflicht der Vertretung der Arbeiterschaft ernst nehmen, wird und muß es möglich sein, einen Weg zur Verständigung zu finden. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Für die badische Minderheit spricht Eichhorn-Norheim: Die badische Minderheit erblickt in der Zustimmung zum Etat einen Verstoß gegen die Lübecker Resolution. (Lebh. Zustimmung.) Sie nimmt auch für sich das Recht in Anspruch, daß sie die Frage ernsthaft geprüft und erwogen hat. Aber obwohl sie fünf von zwölf Mitgliedern umfaßt, hat man ihre Einwände nicht beachtet. Die Mehrheit war nicht loyal genug, mit ihren Absichten schon an den vorjährigen Parteitag in Offen heranzutreten. Sie hat aber nicht einmal den Anstand befehlen, alle badischen Abgeordneten von ihren Absichten zu unterrichten und zu den Konferenzen einzuladen. (Hört, hört!) Sie hat auch nicht unseren Wünschen nachgegeben, den Parteivorstand um eine Erläuterung der Lübecker Resolution zu bitten. Wenn also jemand die Verantwortung trägt für die unangenehmen Debatten der letzten Zeit, so ist es die Mehrheit der süddeutschen Landtagsfraktionen. (Stürm. Beifall.) Ich bin im letzten Jahre selten im Landtag gewesen. (Zuruf: Garnicht!) Ich war so oft da wie die anderen Genossen, die ein Reichstagsmandat haben, wie Frank und Lehmann. Aber ich kann mir aus langjähriger Erfahrung ein Urteil über die badische Politik wohl erlauben. Man hat von Zwischenträgern gesprochen, um die Sache auf das persönliche Gebiet zu verfrachten. Warum hat man nicht den Mut, die Namen zu nennen? (Sehr gut!) Man hat die Konferenzen als harmlos hinzustellen gesucht. Aber schon am Morgen nach der Stuttgarter Konferenz teilte man mir ganz offiziell mit, daß man mit Einmütigkeit festgestellt habe, daß man für den Etat stimmen solle. (Hört! Hört!) Sogar Keil sei derselben Meinung. (Heiterkeit.) Darüber tämen wir auch durch die Annahme der Resolution Frohne nicht hinaus, denn man will ja gerade den Parteivorstand nicht als Instanz anerkennen, weil er mit den bad. Verhältnissen nicht vertraut sei und von seiner Besondere nichts verstehe. Man hat es ja sogar von dieser Tribüne aus gepriesen, wenn Parteigenossen sich weigern Mehrheitsbeschlüsse anzuerkennen. Man hat dem Bedenkten Dresbachs damit keinen Dienst erwiesen. Seit wann ist es denn eine Schande für Sozialdemokraten, ihren bürgerlichen Gegnern zu sagen, daß sie an die Beschlüsse der Partei gebunden sind. (Sehr gut.) Innerhalb unserer Partei, der die Disziplin so notwendig ist, muß es gerade für die Abgeordneten größte Pflicht und Aufgabe sein, sich den Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ich habe damals nicht gegen Dresbach polemisiert, wie das im letzten Winter unter Parteigenossen leider mehrfach im Reichstage und Landtage geschah, aber ich habe noch in der Debatte des letzten Tages meine Auffassung von der Lübecker Resolution ganz klar dargelegt. Die badische Regierung ist durchaus Klassenstaatsregierung und ist von uns in der schärfsten Weise bekämpft worden. (Sehr wahr.) Kolb selbst hat die Klassenjustiz gegen streikende Arbeiter und im Falle des Dr. Friedeberg aufs schärfste gebrandmarkt, ebenso die Zeugniszwangshaft gegen den Genossen Beck. Er hat selbst geschrieben, daß die badische Regierung eine Schwelchung nach rechts zur Reaktion vorgenommen habe und daß die Volksschule in Baden das Mähenbrödel sei. (Hört, hört!) Der badische Apfelbaum trägt also sehr wurmfressige Früchte. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere angeblich ausschlaggebende Stellung ist in 4 Jahren nur einmal zur Geltung gekommen. Auch wir folgen diesen Verhandlungen mit schwerem Herzen. Man darf uns nicht den Vorwurf machen, daß wir den Streit frivol vom Zaune gebrochen haben und die Parteigenossen brüskieren wollen. Aber die Vorstandsresolution ist das mindeste, was angenommen werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Denn Klarheit müssen wir haben, sollen wir nicht auf die schiefte Ebene der Opportunitätspolitik kommen, die uns aus dem Rahmen des Parteiprogramms heraus in eine kompromittierende Politik führt, wie wir das bei anderen Parteien zu ihrem Schaden gesehen haben. (Stürm. oft wiederholter Beifall.)

Die Weiterverhandlung wird auf Donnerstag vormittag vertagt.

Persönlich bemerkt Singer, daß er mit seinen Ausführungen in Lübeck für den Standpunkt der Süddeutschen nur von jemanden zitiert werden könne, der künstlich etwas in seine Äußerungen hineinlegen wolle. Bei den gestrigen Verhandlungen habe gerade er betont, daß die Vorstandsresolution einigen, nicht trennen solle. Deshalb sei jedes Wort daraus entfernt, was nur im geringsten als Vorwurf gegen die süddeutschen Genossen ausgelegt werden könnte.

Schluß 7 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.